



EGBW Sonderkonferenz

Athen, 26.-28. November 2018

Die Zukunft Europas gestalten:
die Rolle von Bildungsgewerkschaften

HINTERGRUNDDOKUMENT

INHALT

EINLEITUNG	4
DIE GESTALTUNG DER ZUKUNFT EUROPAS	6
1. GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN	6
2. NACHHALTIGE FINANZIERUNG FÜR EINE HOCHWERTIGE BILDUNG	9
3. DIE EUROPÄISCHE BILDUNGSPOLITIK DER ZUKUNFT	13
4. DER LEHRBERUF 2030	17
FÖRDERUNG VON CHANCENGLEICHHEIT, SOZIALER INKLUSION UND DEMOKRATISCHEM ENGAGEMENT	20
5. GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE	20
6. EINBEZIEHUNG VON MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGEN IN DIE BILDUNG	27
7. DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT UND UNIVERSELLE WERTE	30
BILDUNGSGEWERKSCHAFTEN STÄRKEN	33
8. DIE SICH WANDELNDE ARBEITSWELT	33
9. SOZIALDIALOG UND KOLLEKTIVVERHANDLUNGEN	36
10. ERNEUERUNG DER GEWERKSCHAFTEN	39

EINLEITUNG

Auf der EGBW-Konferenz 2016 in Belgrad haben die Delegierten das Papier „**Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung**“ besprochen und darüber diskutiert, wie einschneidende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft – insbesondere die Wirtschafts- und Finanzkrise – , hohe Arbeitslosenquoten in Europa, Sparmaßnahmen, die Schwächung des sozialen Dialogs und die Zunahme von Radikalisierung und Extremismus sich auf den Lehrberuf auswirken.

Zwei Jahre nach der Belgrad-Konferenz liegt der Schwerpunkt nun auf **der Zukunft Europas und der Rolle der Bildungsgewerkschaften** sowie auf der Sicherstellung dessen, dass den Bildungsgewerkschaften für die Beeinflussung und Gestaltung künftiger Strategien in der allgemeinen und beruflichen Bildung ausreichend Kapazitäten und Werkzeuge zur Verfügung stehen.

Den Rahmen für die Debatte bilden einerseits die von den Vereinten Nationen formulierten **Ziele für nachhaltige Entwicklung** zur **Beendigung von Armut, zum Schutz des Planeten** und zur **Schaffung von Wohlstand für alle**, wobei bestimmte Ziele bis 2030 erreicht werden sollen. Mit dem bildungsbezogenen Ziel 4 werden alle Mitgliedstaaten der UN aufgefordert, die Vorgaben einer hochwertigen Bildung, des Zugangs zu Bildung sowie der Inklusion und Geschlechtergleichstellung in der Bildung umzusetzen. Ein wichtiges Ziel ist den Lehrkräften gewidmet: „Bis 2030 soll das Angebot an qualifizierten Lehrkräften wesentlich erhöht werden, und zwar durch internationale Zusammenarbeit bei der Lehrerbildung in Entwicklungsländern, vor allem in den Ländern mit dem geringsten Entwicklungsstand und in kleinen Entwicklungsländern in Insellage.“¹

Andererseits haben in Europa die Politikentscheider auf europäischer wie einzelstaatlicher Ebene ihre bis 2020 umzusetzenden Bildungsziele und -erfolge ausgewertet und die Diskussion über neue Indikatoren und Benchmarks in der Bildung **für den Zeitraum 2025/2030** eröffnet. Bei der Erörterung der europäischen Strategie steht die Umsetzung der **UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung** mitsamt den spezifischen europäischen Zielen im Mittelpunkt. Auch der **Europarat** setzt sich für das Erreichen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung ein.

Die Bildungsziele der UN, des Europarates und der EU haben großen Einfluss auf den **gesamteuropäischen Raum**. Zudem wirken sich Prioritäten der EU in der Bildung auf die EU-Beitrittskandidatenländer und die EU-Nachbarländer aus, weil die EU sich in diesen Ländern wirtschaftlich und politisch betätigt und zwischen ihnen eine regionale politische Zusammenarbeit stattfindet (z.B. **Westbalkan-Plattform für Aus- und Weiterbildung**²).

Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen sind bereit, am Entscheidungsprozess über die Zukunft der Bildung auf europäischer Ebene mitzuwirken und fordern eine Gestaltung dieser Zukunft gemäß

¹ <http://www.un.org/sustainabledevelopment/education/>

² Launched in 2012, this is the EU's initiative for cooperation in education with Albania, Bosnia & Herzegovina, the Former Yugoslav Republic of Macedonia, the EU-Initiative, die 2012 ins Leben gerufen wurde, dient der Zusammenarbeit in der Bildung mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, Kosovo, Montenegro und Serbien. Unter dem Vorsitz der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission finden alljährlich Ministertreffen statt, wo gemeinsame Prioritäten ermittelt und die jüngsten Politik- und Reformmaßnahmen besprochen werden und wo über Themen für eine regionale Zusammenarbeit mit Unterstützung durch die EU entschieden wird, https://ec.europa.eu/education/policy/international-cooperation/western-balkans_en.

den folgenden, vom EGBW beim Ersten Europäischen Bildungsgipfel der Europäischen Kommission (25. Januar 2018) vorgestellten Grundsätzen:

1. Bildung ist ein **Menschenrecht und ein öffentliches Gut**; die Achtung und Stärkung dieses Prinzips soll im Zuge der Umsetzung des ersten Grundsatzes der **Europäischen Säule sozialer Rechte** bis 2030 erreicht werden;
2. Die **nationale Zuständigkeit in Bildungsfragen und die Diversität** von Bildungssystemen sollen respektiert werden;
3. **Lehrkräfte sollen innerhalb der Prioritäten der Bildungssysteme** Vordergrund stehen, um zu gewährleisten, dass der Lehrberuf durch angemessenes Gehalt und gute Arbeitsbedingungen wertgeschätzt wird;
4. **Stärkung demokratischer Steuerung in der Bildung** und kooperativer Führung schulischer Einrichtungen bei Einbeziehung der Bildungsgewerkschaften im Rahmen eines effektiven sozialen Dialogs;
5. Es soll für **nachhaltiges Investieren** in hochwertige Bildung und für höhere Investitionen gesorgt werden, um in den Schulen **Innovation und Kreativität** unter Anwendung bester Lehr- und Lernmittel zu ermöglichen;
6. Die Bildungssysteme sollen verbessert werden, um **für alle SchülerInnen und Studierenden einen gleich hohen Bildungsstand** ohne Diskriminierung zu erreichen;
7. **Sozioökonomische Benachteiligungen**, die zu schulischen Minderleistungen führen, sollen abgebaut werden;
8. Es soll in der Bildung **vollständige Inklusion und Gleichstellung** für alle erreicht werden;
9. Durch **Vermittlung von Schlüsselkompetenzen** und Betonung von **demokratischen Werten, Kunst und Kultur** neben Digital-, Innovations- und MINT-Kompetenzen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) sollen die Bildungssysteme verbessert werden;
10. Das **Qualitäts- und Vertrauensniveau** zwischen den Bildungssektoren und den staatlichen/regionalen Bildungssystemen soll erhöht werden, um die europaweite Anerkennung von Lern- und Studienleistungen zu erreichen.

Bei dieser EGBW-Konferenz soll erörtert werden, wie die Zukunft Europas gestaltet werden kann und welche Rolle die Bildungsgewerkschaften dabei spielen.

DIE GESTALTUNG DER ZUKUNFT EUROPAS

1. GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN

DIE HERAUSFORDERUNG

Laut Schätzung von Eurostat³ waren in den EU-Ländern im November 2017 18,1 Millionen Männer und Frauen **arbeitslos**, wovon 3,6 Millionen unter 25 Jahre alt waren. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten bei **Jugendlichen** wurden in der Tschechischen Republik (5,0 %) und in Deutschland (6,6 %) verzeichnet, während Griechenland (39,5 %), Spanien (37,9 %) und Italien (32,7 %) die höchsten Zahlen aufwiesen.

In den **Ländern der Östlichen Partnerschaft** (Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Republik Moldau und Ukraine) steigen seit 2012 die Beschäftigungszahlen. Die Jugendarbeitslosenquoten in Armenien und Georgien sind dabei höher (35%).

Allein 2015 und 2016 haben mehr als 2,5 Millionen Menschen in der EU Asyl beantragt⁴. Der große und plötzliche **Ansturm von Migranten, Flüchtlingen, Asyl suchenden** Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die alle internationalen Schutz suchen, hat sich für Europa zur größten humanitären Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt. Ein Drittel der Flüchtlinge, die 2015 kamen, war minderjährig. Rund 90.000 unbegleitete Kinder suchten 2015 in Europa Asyl; 2016 waren es ungefähr 63.200. Viele Bildungsgewerkschaften haben ihre Mitglieder mobilisiert, um jungen und erwachsenen Flüchtlingen Bildung zu ermöglichen.

Die Reaktionen der führenden Politiker auf die Flüchtlingskrise in der EU waren langsam und sehr unterschiedlich, was im Kontext der Terroranschläge von 2015 - 2016 (Paris, Brüssel, Berlin und viele weitere) zu einer europaweiten politischen Krise (darunter der Brexit) führte. Die Bildungsgewerkschaften hatten sich für soziale Werte, demokratisches Engagement und kritisches Denken als gleichermaßen wichtige Mittel im Kampf gegen Fundamentalismus und Radikalisierung ausgesprochen; dennoch wurde die **Europäische Säule sozialer Rechte** von den EU-Spitzenpolitikern erst am 17. November 2017 verabschiedet. Diese wesentliche Errungenschaft der europäischen Gewerkschaftsbewegung zielt darauf ab, neue und effektivere Rechte für die Bürger zu schaffen, und basiert auf 20 Hauptgrundsätzen, die sich in drei Kategorien gliedern: Chancengleichheit und gleicher Zugang zum Arbeitsmarkt (1), faire Arbeitsbedingungen (2) und soziale Sicherung und Inklusion (3).

³ http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics.

⁴ Idem.

Beim ersten Grundsatz geht es um *Bildung, Fortbildung und lebenslanges Lernen*:

„Jeder hat das Recht auf eine hochwertige und inklusive Bildung, Fortbildung und auf lebenslanges Lernen, um Fähigkeiten zu erwerben und aufrecht zu erhalten, die ihm die uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft und die Bewältigung der Entwicklungen am Arbeitsmarkt ermöglichen.“

Der Stellenwert dieses Prinzips und der Zukunft der Bildung wurde von den EU-Spitzenpolitikern erstmals bei der Verabschiedung der Europäischen Säule sozialer Rechte erörtert. Für diese Diskussion veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Mitteilung [Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur - Beitrag der Kommission zum Arbeitessen der Spitzenvertreter in Göteborg am 17. November 2017](#). Der Schwerpunkt des Textes liegt auf der Festlegung neuer politischer Ziele im Bildungsbereich für den Zeitraum 2018-20 und darüber hinaus, wobei auf wesentliche Elemente hingewiesen wird, die zur **Entwicklung hochwertiger Bildung** notwendig sind, wie etwa ausgezeichnete Ausbildung und attraktive Berufsaussichten für Lehrkräfte, lebenslanges Lernen, das auch Bildung für geringqualifizierte Erwachsene und frühkindliche Bildung einschließt, Ausrichtung auf Kern- und Querschnittskompetenzen, aktives bürgerschaftliches Engagement und Chancengleichheit in Bildung und Alltag.

Den europäischen Regierungen ist bewusst, dass die Umsetzung dieser Ziele in einem von **zahlreichen Herausforderungen** geprägten Umfeld stattfinden muss; dies sind z.B.:

- Fortgesetzte Digitalisierung und Automatisierung sowie weitere Entwicklung künstlicher Intelligenz und ihre Auswirkungen auf die Bildung;
- Veränderungen im Hinblick auf die Zukunft der Arbeit, der Arbeitsbedingungen und künftig benötigte Qualifikationen und Kompetenzen;
- Die Modernisierung der europäischen Sozialstaaten, soziale Inklusion und die Notwendigkeit eines Abbaus von Ungleichheiten, wozu auch geschlechtsspezifische Ungleichheiten gehören;
- Demografische Tendenzen, eine alternde Arbeitnehmerschaft und die Integration von Migranten;
- Neue Kommunikationsmuster, soziale Medien, das Phänomen der „Fake News“ und die Notwendigkeit, die Medienkompetenz aller Bürger zu fördern;
- Das Ansteigen von Populismus und Fremdenfeindlichkeit, die Gefahr einer gewalttätigen Radikalisierung und die Notwendigkeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken.

Diesbezüglich messen die Regierungen der Bildung eine Schlüsselrolle dabei zu, „eine belastbare Wirtschaft, sozialen Zusammenhalt, aktives bürgerschaftliches Engagement und Identität“ zu gewährleisten. Sie unterstreichen den Stellenwert der Lehrkräfte und räumen ein, dass Lehrkräfte mit zahlreichen Herausforderungen zu kämpfen haben, wie z.B. eine alternde Lehrerschaft, Anwerbung und Bindung, professionelle Ausbildung und Vergütung.

Die Frage der Zukunft wird sich darum drehen, wie der erste Grundsatz der Europäischen Säule sozialer Rechte in jedem Land Europas umgesetzt werden kann.

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *ist weiteres Handeln der Bildungsgewerkschaften erforderlich, um für alle SchülerInnen und Studierenden das Recht auf hochwertige und inklusive Bildung zu gewährleisten?*
- *Wie können die Bildungsgewerkschaften die Lehrkräfte dabei unterstützen, die Anforderungen eines sich ständig wandelnden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds zu erfüllen?*
- *Wie soll die Antwort der Bildungsgewerkschaften auf die steigenden Anforderungen an Lehrkräfte aussehen?*

2. NACHHALTIGE FINANZIERUNG FÜR EINE HOCHWERTIGE BILDUNG

In den EGBW-Resolutionen von Belgrad (2016) wird betont, wie wichtig es ist, zu erkennen, dass die Strategien auf europäischer Ebene sich auf die einzelstaatliche Ebene der Bildungspolitik, die Arbeit und die beruflichen Belange von Lehrkräften und die Verwaltung von Bildungshaushalten unmittelbar auswirken. Die Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik (Europäisches Semester), der Investitionsplan für Europa und auch Handels- und Investitionsabkommen haben tiefgreifenden Einfluss auf Bildungshaushalte und -reformen.

DIE HERAUSFORDERUNG

Die Notwendigkeit, in eine universelle, unentgeltliche, hochwertige Bildung zu investieren, könnte zwingender nicht sein. Trotz der Zusicherungen, zur Umsetzung des nachhaltigen Entwicklungsziels 4, „eine inklusive, ausgewogene und hochwertige Bildung gewährleisten sowie Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“, mehr Mittel bereitzustellen, zeigte der jüngste '[Bildung auf einen Blick](#)'-Bericht (OECD, 2017), dass die öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen (als Prozentsatz des BIP) in den OECD-Ländern um 2 % gesunken sind, wobei seit dem Zeitraum 2008-2010 die stärksten Kürzungen in Griechenland (18 %), Italien (4 %), Portugal (6 %) und Spanien (4 %) zu verzeichnen waren. Die neuesten für 2014 verfügbaren Zahlen belegen einen BIP-Anteil von durchschnittlich 4,4 %, der in Bildungseinrichtungen von der Primar- bis zur Tertiärstufe investiert wurde. Auf der Primar- und Sekundarstufe sowie der postsekundären, nicht-tertiären Stufe wurden in Dänemark, Island und dem Vereinigten Königreich mindestens 4,7 % des BIP investiert, während die Tschechische Republik, Litauen, die Russische Föderation und die Slowakische Republik in diesem Bereich weniger als 2,8 % des BIP ausgaben.

Die chronische und jahrzehntelange Unterfinanzierung, von der in Europa vor allem der öffentliche Sektor und hier insbesondere die Bildung betroffen waren, weil sie durch die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) zu Staatsdefizit und Staatsverschuldung unter Druck standen, hat europaweit zu einer Verlangsamung des Wachstums geführt und Europa für viele süd- und osteuropäische Länder in einen Sumpf der Stagnation oder, im Fall von Ländern wie Griechenland, sogar in ein Schuldengefängnis verwandelt. Obwohl man der Meinung ist, dass der wirtschaftliche Aufschwung nun auf den Weg gebracht ist, wird in teilweiser Umkehrung der Logik der Sparpolitik noch immer **der Ruf nach verstärkter Bereitstellung von und verstärktem Zugang zu hochwertiger Bildung mit der Forderung verknüpft, gleichzeitig die öffentlichen Investitionen zurückzufahren.**

Die EGBW-Studie⁵ zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bildung zeigt, dass dann, wenn europäische Länder bei ihren Staatsausgaben Einschnitte vornahmen, oft **ein Rückgang der Bildungsausgaben** folgte, sei es als Prozentsatz der gesamten Staatsausgaben oder nominal. Entgegen der Annahme, dass die Bildung die Finanzkrise nur verzögert zu spüren bekam und sich die tatsächlichen Auswirkungen erst 2010 bemerkbar machten (OECD, 2015), hatten viele europäische Länder bereits 2008 und 2009 damit begonnen, die Bildungsausgaben als prozentualen Anteil der

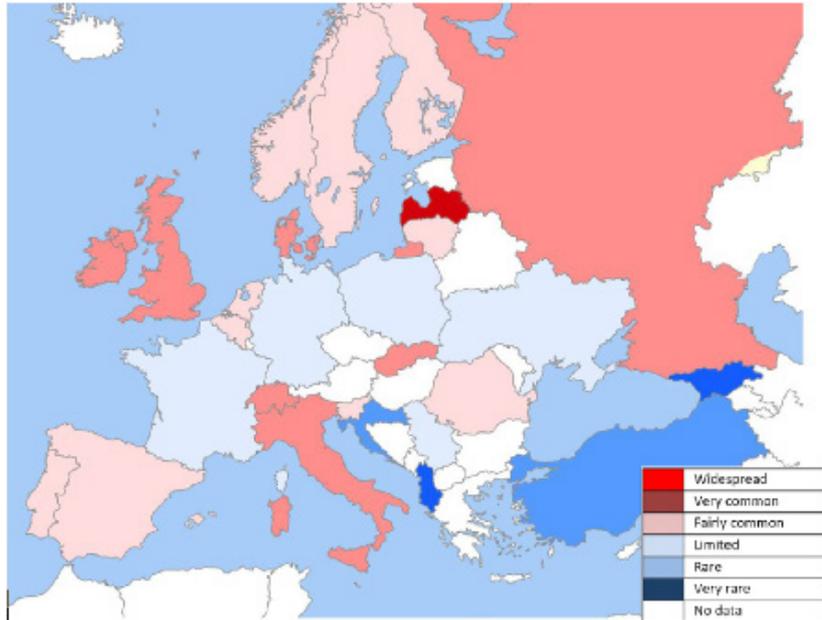
5 Stevenson, H., Hagger-Vaughan, L., Milner, A. and Winchip, E., (2017), 'Education and Training Policy in the European Semester - Public Investment, Public Policy, Social Dialogue and Privatisation Patterns across Europe', ETUCE-CSEE

gesamten Staatsausgaben zu kürzen. Diese Zahlen werden durch den [Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung 2017](#) der Europäischen Kommission bestätigt, der zeigt, dass 2015 das Verhältnis der Bildungsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der EU 4,9 % betrug und dass dieses Verhältnis während der letzten Jahre stagnierte. Beim Blick auf die jüngsten Zahlen des [Bildung auf einen Blick-Berichts \(2018\)](#)⁶ zum prozentualen Anteil der Bildungsausgaben an den Staatsausgaben zeigt sich, dass dieser in vielen europäischen Ländern seit 2007 rückläufig ist. Kürzlich wurde durch den Bericht [Förderung von Investitionen in die soziale Infrastruktur](#) der Hochrangigen Arbeitsgruppe (HLTF), die vom [Europäischen Verband langfristiger Investoren](#) gegründet und von der Europäischen Kommission unterstützt wurde, ebenfalls festgestellt, dass von 2010 bis 2015 die Investitionen in die Infrastruktur im öffentlichen Bildungswesen im Schnitt stagnierten. Mit dem Argument, dass *fehlende Investitionen in diesem Bereich zu weiteren Ungleichheiten bei den Bildungsergebnissen geführt haben, weil ärmere Regionen nicht die selbe Bildungsqualität erhalten wie reichere*, konstatiert der Bericht **eine Ausweitung geografischer Ungleichheiten**.

Die europäischen Finanzinstitutionen, die im Mantra der Sparpolitik und der Defizit- und Schuldenziele gefangen sind, glauben jedoch weiterhin, es gebe keinen Raum für eine Erhöhung staatlicher Investitionen. Obwohl der Prozess des **Europäischen Semesters** dazu genutzt wurde, einige Länder – vor allem diejenigen mit fiskalischem Spielraum – zu verstärkten staatlichen Investitionen zu drängen, hat der permanent auf den Bildungshaushalten lastende Druck dazu geführt, dass die Investitionssteigerungen sich in Grenzen hielten oder dass der **Bildungsbereich sogar Privatisierungsdruck ausgesetzt war**. Europäische Länder, bei denen die Gefahr besteht, dass sie die Regeln des SWP nicht einhalten, wurden sehr dazu ermuntert, Anreize für private Investitionen zu schaffen. Diese Entwicklung tritt heute in ganz Europa in vielfältiger Form zutage, unter anderem in der Ausgliederung von Bildungsdienstleistungen, in der stärkeren Kostenverlagerung auf Schüler/Studierende und Haushalte und in der Übertragung kommerzieller Managementpraktiken auf Bildungseinrichtungen, was auch Tendenzen zur Einführung individualisierter und leistungsabhängiger Bezahlung von Lehrkräften und anderen Bildungsbeschäftigten beinhaltet. In einigen Fällen geht dies so weit, dass Länder die Bildung ganz oder teilweise privatisieren und die lebenswichtige Bindung zwischen Bildung und Demokratie lockern oder zerstören.

Zwar unterscheiden die Privatisierungsmuster sich je nach Land und Sektor erheblich voneinander, doch hat die oben genannte EGBW-Studie (2017) im Bereich der staatlich geregelten wie der nichtgeregelten Bildung zentrale Tendenzen ausgemacht. Der Hochschul- und Forschungsbereich, der in hohem Maße die Privatwirtschaft einbindet und zunehmend kommerziellen Zwängen gehorcht, erscheint als der am stärksten privatisierte Sektor. Die folgende Abbildung zeigt den Grad der Kommerzialisierung, dem der jeweilige Sektor gemäß den Erfahrungen der EGBW-Mitgliedsorganisationen, die an der Umfrage teilgenommen haben, unterliegt.

⁶ OECD (2018), Public spending on education (indicator). doi: 10.1787/f99b45d0-en (Accessed on 19 March 2018).



Quelle: H. Stevenson, L. Hagger-Vaughan, A. Milner, E. Winchip, Bildungs- und Berufsbildungspolitik im Europäischen Semester. Investitionen, öffentliche Ordnung, sozialer Dialog und Privatisierungsprozesse in Europa, EGBW 2017, S. 36

Obwohl sich zeigt, welche hohe langfristige Kosten und ungleiche Risikozuweisung mit **öffentlich-privaten Partnerschaften** (PPPs) verbunden sind, ist in der europäischen Politik eine Sichtweise auf dem Vormarsch, die hofft, dass die Privatwirtschaft Ressourcen für integratives Wachstum bereitstellen, die Lücken in den Investitionen in Menschen schließen sowie Länder dabei unterstützen kann, derzeitigen und künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Laut Einschätzung des **Europäischen Fonds für strategische Investitionen**, den die Europäische Kommission als ihr wichtigstes Werkzeug zur Ankurbelung von Investitionen - auch in Bildung - lobt, und laut den Planungen für einen neuen **EU-Haushalt** nach 2020 könnte die Investitionslücke in Europa größtenteils geschlossen werden, indem man finanziellen und gesetzgeberischen Spielraum schafft für eine verstärkte Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

Betrachtet man die Zeit nach 2020, hängt die Zukunft Europas davon ab, ob es gelingt, bei der Umsetzung der **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** sowie der **UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)** in allen europäischen Ländern Vorreiter zu sein. Ein Jahrzehnt der Wirtschaftskrise hat die Dringlichkeit offenbart, mit der Europa Nachhaltigkeitsherausforderungen angehen und verhindern muss, dass Menschen zurückgelassen werden oder dass im Zuge der Anpassung an potenzielle gegenwärtige Zwänge die Zukunft künftiger Generationen in Europa aufs Spiel gesetzt wird. Die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele hängt größtenteils von einer ausreichenden und planbaren Finanzierung der Bildung sowie von der Gewissheit ab, dass jede einzelne öffentliche Ressource nachhaltig verwendet und den Bedürfnissen der am stärksten benachteiligten Menschen gerecht wird. Bis 2030 muss mehr getan werden, um die europäischen Länder zu ermuntern, sich für verstärkte Investitionen in die öffentliche Bildung einzusetzen, statt den öffentlichen Dienstleistungen Ressourcen wegzunehmen und sie als Anreize und Subventionen in die Privatwirtschaft umzulenken.

Hierzu sind stärkere Bemühungen **für eine Neuausrichtung der Sichtweise auf und der Debatte über hochwertige öffentliche Bildung** erforderlich, und dies in einem Umfeld, wo das private Bereitstellen von Bildung als effektiver und effizienter gepriesen wird. Parallel dazu müssen die Bildungsgewerkschaften eine Schlüsselrolle einnehmen, wenn es darum geht, die Regierungen aufzufordern, sich intensiver um

die Ausweitung ihrer Einnahmen zu bemühen, damit staatliche Investitionen in Bildung möglich sind. Dies beinhaltet effektivere **Steuererhebungssysteme** ohne ungerechte Schlupflöcher, Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung sowie von Steuerflucht und -umgehung durch Unternehmen, und außerdem progressivere Vorstöße, wenn es um die Besteuerung von Finanztransaktionen sowie von Wohlstand und Vermögen oder um die Umsetzung der Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage geht, mit der Steuerdumping und Finanzspekulationen in ganz Europa begrenzt werden sollen.

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Wie sollten Bildungsgewerkschaften sich organisieren, um auf Herausforderungen, die sich direkt auf die Bildungshaushalte, die einzelstaatlichen Bildungspolitiken sowie die Arbeit und die beruflichen Interessen von Lehrkräften auswirken, reagieren zu können?*
- *Wie können verkappte Privatisierungstendenzen und Kommerzialisierungspraktiken in den Ländern Europas aufgespürt und angeprangert werden?*
- *Wie werden Lehrkräfte, die sich hinsichtlich ihrer Arbeitsbedingungen und beruflichen Vorrechte verstärkt den schädlichen Auswirkungen des Privatisierungs- und Kommerzialisierungsdrucks ausgesetzt sehen, durch die Bildungsgewerkschaften unterstützt?*

3. DIE EUROPÄISCHE BILDUNGSPOLITIK DER ZUKUNFT

DIE HERAUSFORDERUNG

Die Politikentscheider in Europa sind dabei, im Zuge der **Ziele für nachhaltige Entwicklung**⁷ der Vereinten Nationen ihre Strategie für die Zukunft der allgemeinen und beruflichen Bildung vorzubereiten. Die UN haben das ausdrückliche Ziel vorgegeben, bis 2030 eine hochwertige Bildung zu erreichen, bei der Zugang zu Bildung, Inklusion und Geschlechtergleichstellung gewährleistet sind. Ziel 4 ist darauf ausgerichtet, die Qualität in jedem Bildungssektor zu verbessern sowie **gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu schaffen und geschlechtsspezifische Unterschiede abzubauen**. Besonders betont wird hierbei eine „Bildung, die im Dienste von nachhaltiger Entwicklung und nachhaltigen Lebensweisen steht, ebenso wie im Dienste von Menschenrechten, Geschlechtergleichstellung, der Förderung einer Kultur **des Friedens und der Gewaltlosigkeit, des weltweiten bürgerschaftlichen Engagements**, der Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zur nachhaltigen Entwicklung“. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Ausweitung von kommunikationstechnologischen, technischen, ingenieur- und naturwissenschaftlichen Bildungsprogrammen. Diese Ziele sollen durch eine **internationale Zusammenarbeit** in der Lehrerbildung erreicht werden.

Mit diesen Zielen als Richtschnur haben die Politikentscheider in der EU und den EU-Nachbarländern begonnen, ihre Strategie für die Zukunft der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa vorzubereiten. So veröffentlichte die Europäische Kommission⁸ z.B. ein Strategiepapier, das die Schaffung des **Europäischen Bildungsraums** ankündigte.

Die künftige Bildungsstrategie der Europäischen Union wird auch auf die Nicht-EU-Länder der Region starke Auswirkungen haben.

Die Strategie sieht vor, dass der Europäische Bildungsraum, getragen von „Vertrauen, gegenseitiger Anerkennung, Zusammenarbeit, dem Austausch bester Praktiken, Mobilität und Wachstum“ bis 2025 gegründet wird, was u.a. durch folgende Initiativen geschehen soll:

- **Lernmobilität soll für alle Wirklichkeit werden**, zum Beispiel durch die Verdoppelung der Schüler/ Studierenden und der Lehrkräfte, die über das Programm Erasmus+ **internationale Mobilität** genießen. Vorgesehen ist Mobilität für bis zu 500.000 **SchülerInnen**, dazu langfristige Mobilität für Praktikanten und Auszubildende mit 500.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter 45.000 Langzeit-Praktikanten oder **-auszubildende**. Das EGBW fordert seit langem einen inklusiven Zugang zur Mobilität im Rahmen von Erasmus+, denn die Schülern und Studierenden gewährten Stipendien/Finanzhilfen decken deren Kosten meist nicht voll ab. Gewerkschaften fordern, dass der Status von Auszubildenden abgesichert wird, was auch langfristige Mobilität, Fortbildung, einen Arbeitsvertrag und faire Bezahlung beinhaltet.

⁷ <https://www.un.org/sustainabledevelopment/education/>

⁸ Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur - Beitrag der Kommission zum Arbeitsessen der Spitzenvertreter in Göteborg am 17. November 2017

- **Hürden bei der Anerkennung von Qualifikationen sollen abgebaut werden**, und zwar durch mehr Transparenz und bessere europaweite **Anerkennung von Lern- und Studienleistungen** bei gleichzeitiger Umsetzung des „Sorbonne-Prozesses“ zur gegenseitigen Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlusszeugnissen und von Studienaufenthalten im Ausland. Das EGBW fordert seit langem die Schaffung einer Bildung, die europaweit von gleichermaßen hoher Qualität ist, damit gegenseitiges Vertrauen zwischen den nationalstaatlichen Bildungssystemen und die reibungslose gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen und Studienleistungen möglich sind.
- **Die Lehrpläne sollen modernisiert werden**, was im Rahmen einer stärker kompetenzbasierten Bildung (Schlüsselkompetenzrahmen) durch die Schaffung von **Gleichstellung in der Bildung** erreicht werden soll. Lehrkräfte sind eminent wichtig, wenn Schlüsselkompetenzen in den Unterricht eingegliedert werden sollen, und benötigen kostenfreie und zugängliche berufliche Weiterentwicklung auf hohem Niveau.
- Der **Spracherwerb** soll gefördert werden, indem man alle jungen Europäer dabei unterstützt, die Sekundarstufe II mit guten Kenntnissen in zwei Fremdsprachen zusätzlich zu ihrer/ihren Muttersprache(n) abzuschließen. Das EGBW fordert hochwertige Sprachlernmöglichkeiten für Lehrkräfte und Schüler/Studierende unter Nutzung bester Lehrmittel.
- **Es sollen „Universitäten auf höchstem internationalen Niveau“** geschaffen werden, indem man **europäische Universitäten miteinander vernetzt**, um Mobilität und mehr einrichtungsübergreifende gemeinsame Abschlüsse, gestützt auf gemeinsame Lehrpläne und gleiche Angebote für Studierende, zu gewährleisten. Das EGBW hat Bedenken, dass die Entwicklung dieser Universitätsnetzwerke mit einem hohen Maß an „Markenpolitik“ der Universitäten verbunden sein wird, was zu Ungleichheiten zwischen Universitäten, Studierenden, Lehrkräften und ForscherInnen führt.
- **Allgemeine Bildung, Fortbildung und lebenslanges Lernen sollen verbessert werden**, z.B. durch die Verbesserung der **frühkindlichen Bildung (FkB)**, bei der es „Defizite im Hinblick auf Zugangsmöglichkeiten, Qualität und Erschwinglichkeit“ gibt, und durch Abbau der Quoten von **leistungsschwachen Schülern und Schulabbrechern**. Das EGBW hat auf der Feststellung bestanden, dass die Schaffung hochwertiger FkB bei Reduzierung der Zahl leistungsschwacher Schüler ein weites Themenfeld ist, das die Lösung sozioökonomischer Probleme, die Unterstützung von Familien und die Bereitstellung kostenfreier und hochwertiger FkB mitbeinhaltet.
- Was die **innovative Gestaltung von Bildung im digitalen Zeitalter**¹⁰ betrifft, betrachtet das EGBW die IKT hinsichtlich ihres Potenzials als ein zusätzliches Werkzeug, das dabei hilft, Unterricht und Lernen zu verbessern und inklusiver zu gestalten und für einen besseren Zugang und höhere Qualität in der Bildung zu sorgen. Alle Lehrkräfte und Lernenden sollten beim Lehren und Lernen von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und von neuesten Entwicklungen profitieren können. Deshalb ist es von größter Wichtigkeit, dass Lehrkräfte geeignete Fortbildung zum pädagogischen Einsatz von IKT erhalten. Durch eine Reihe von Maßnahmen, die im [EU-Aktionsplan für digitale Bildung 2020](#) beschrieben werden, plant die Europäische Kommission unter anderem, bis 2025 an mindestens 50 % der Schulen in ganz Europa das Programmieren einzuführen¹¹. Hierzu müssen Lehrkräften, sonstigen Bildungsbeschäftigten und Schulen Fortbildungsmöglichkeiten, technische Unterstützung und öffentliche Finanzmittel zur Verfügung stehen.

¹⁰ Mitteilung der Kommission zum Aktionsplan für Digitale Bildung

¹¹ <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/all-schools-europe-are-encouraged-take-part-eu-code-week-6-21-october>

- **Lehrkräfte sollen besser unterstützt werden**, indem man ihnen „hervorragende Fortbildungsmöglichkeiten und attraktive Perspektiven für ihre berufliche Weiterentwicklung sowie attraktive Bezahlung“ bietet, was auch dazu dient, mehr und jüngere Lehrkräfte für den Beruf zu gewinnen. Seit langem fordert das EGBW bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Gehälter für Lehrkräfte, um eine erfolgreichere Anwerbung und Bindung von Lehrkräften zu ermöglichen.
- **Die Förderung des Verständnisses für demokratische Werte und europäische Identität und Kultur** ist weiterhin ein vorrangiges Ziel.¹² Das EGBW vertritt die Ansicht, dass die Unterstützung und Stärkung der Lehrkräfte einen der effektivsten Wege darstellt, inklusive Lernumgebungen zu schaffen und mit Multikulturalismus, Diversität und Kontroversen umzugehen.

Außerdem schlägt die Europäische Kommission vor, dass die EU-Länder **mindestens 5 % ihres BIP in Bildung investieren**, was nur 9 von 27 Ländern bislang nicht gelungen ist, während der EU22-Durchschnitt bei 4,9 % liegt. **Die OECD-Länder** geben für Bildung von der Primar- bis zur Tertiärstufe durchschnittlich 5,2 % ihres BIP aus, wobei die Spanne von unter 3 % (in der Tschechischen Republik, Ungarn, Luxemburg, der Russischen Föderation und der Slowakischen Republik) bis zu über 6 % (in Dänemark, Island, dem Vereinigten Königreich und Norwegen) reicht. Diese Zahlen beinhalten allerdings große Unterschiede zwischen den Ländern, was private Ausgaben anbelangt. Während private Bildungsausgaben im Vereinigten Königreich einen wesentlichen Teil des BIP ausmachen, beträgt dieser Anteil in Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Norwegen und Schweden unter 0,2 %.

Bei seiner Reaktion¹³ auf diese politische Initiative unterstrich das EGBW die künftigen Erfordernisse in der Bildung, wie z.B. nachhaltige Investitionen, ein effektiver Sozialdialog mit Beteiligung der Bildungsgewerkschaften und die Schaffung hochwertiger und inklusiver Bildung für alle bei gleichzeitiger Positionierung der Lehrkräfte an vorderster Stelle, wenn es um künftige Strategien geht, so dass Regierungen wie auch die Gesellschaft insgesamt die Berufsgruppe wertschätzen.

Auf europäischer Ebene entsteht ein neuer politischer Trend, der **soziale and staatsbürgerliche Kompetenzen** betont. Die Erklärung zur [Förderung von politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung \(2015\)](#) der europäischen Bildungsminister unterstreicht die Notwendigkeit von Bildung zum Vermitteln von **demokratischen Werten, politischer Bildung, kritischem Denken, Toleranz und Nichtdiskriminierung - auch zur Bekämpfung von Radikalismus und Fundamentalismus** - und zur Stärkung der freien Meinungsäußerung, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Solidarität. Hierbei kommt der Bildung - vor allem den Lehrkräften, Schulleitern und sonstigen Bildungsbeschäftigten - eine entscheidende Rolle zu.

Im Januar 2017 richtete die Europäische Kommission ihren ersten **Europäischen Bildungsgipfel** aus mit dem Titel „*Grundsteinlegung für den europäischen Bildungsraum: für eine innovative, inklusive und wertebasierte Bildung*“. Die Bildungsminister der EU-Mitgliedstaaten ergriffen das Wort, um ihre Vision von der **Zukunft der Bildung** zu erläutern. Die Teilnehmer des Gipfels besprachen, wie man die Frage der **Gleichstellung** in den Bildungssystemen besser angehen kann, wie Bildung bei der Vermittlung **gemeinsamer Werte** helfen kann, welche Kompetenzen in den kommenden Jahrzehnten benötigt werden und wie ein zukünftiger „**Europäischer Bildungsraum**“ geschaffen werden kann.

Das Thema des Gipfels war eine Überraschung, hatte sich der politische Diskurs auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene in den letzten Jahren doch hauptsächlich darum gedreht, wie Bildung am besten den Bedürfnissen des **Arbeitsmarktes** gerecht werden kann. Manche Politikentscheider machen seit

¹² Empfehlungen des Rates zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht

¹³ EGBW-Position zur Bildung in der Post-2020-Strategie <https://www.csee-etu.org/en/documents/statements/2517-etu-position-on-education-in-the-post-2020-eu-strategy-march-2018>

dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008) die Bildung für die hohe Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich und greifen die Forderung der Unternehmen auf, dass Bildung die SchülerInnen und Studierenden auf den sich ständig wandelnden Arbeitsmarkt vorbereiten solle. 2015 gaben 40 % der europäischen Arbeitgeber an,¹⁴ keine Arbeitskräfte mit den „**richtigen Fähigkeiten**“ finden zu können. Das auf dem Arbeitsmarkt und in der Bildung herrschende **Missverhältnis zwischen Qualifikationen und Bedarf** hat die Bildungspolitik stark geprägt, obwohl Forschungen¹⁵ gezeigt haben, dass es nicht an der Bildung liegt und dass Arbeitgeber über ein faires Einstellungsverfahren Stellen mit angemessener Bezahlung und anständigen Arbeitsbedingungen bieten müssten, um geeignete Kandidaten zu finden.

Die beim Gipfel anwesenden Bildungsminister erkannten an, dass die Zukunft der Bildung sich um **kritisches Denken** und um die Frage drehen muss, wie SchülerInnen und Studierende **vollwertige Staatsbürger** werden können. Im Mittelpunkt sollten nach Meinung der Minister **europäische Werte** und deren Vermittlung in den Schulen stehen. Viele Minister äußerten, dass sie im Unterricht **Natur- und Geisteswissenschaften** gleichberechtigt nebeneinander sehen und dass Europa der **Mobilität von SchülerInnen und Studierenden, der Vermittlung von Sprachkenntnissen und dem lebenslangen Lernen** mehr Bedeutung zumessen sollte. Sie betonten, dass Bildung aus einer **ganzheitlichen Perspektive** betrachtet werden muss.

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Wie können Lehrkräfte im Zuge der Verschiebung des politischen Diskurses unterstützt werden?*
- *Wie kann gewährleistet werden, dass Veränderungen in der Bildungspolitik unter Einbeziehung der Bildungsgewerkschaften und im Rahmen des sozialen Dialogs stattfinden?*
- *Welche Unterstützung brauchen Lehrkräfte dabei, den SchülerInnen/ Studierenden kritisches Denken zu vermitteln und ihnen dabei zu helfen, vollwertige Staatsbürger zu werden?*

14 Eurofund: Dritte Europäische Unternehmenserhebung, 2015.

15 CEDEFOP: Qualifikationen und Arbeitsstellen in Europa in Einklang bringen, 2015.

4. DER LEHRBERUF 2030

DIE HERAUSFORDERUNG

Im Hinblick auf die Lehrtätigkeit, ihre berufliche Autonomie und effektives Unterrichten sehen Lehrkräfte sich vor verschiedene Herausforderungen gestellt. Auch sind sie mit steigenden **gesellschaftlichen Ansprüchen** konfrontiert. Dies verlangt systematische Veränderungen des Lehrberufs und eine stärkere Betonung der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften.

Ein Fach gut zu unterrichten, ist nicht länger die einzige Anforderung an die Lehrkräfte. Den Politikentscheidern zufolge müssen Lehrkräfte wissen, wie man in einem **multikulturellen Umfeld** unterrichtet, **umweltfreundliche Schulen aufbaut** und dabei für **kulturelle Diversität, demokratische Werte und Menschenrechte** quer zu den Lehrplänen sorgt. Zudem sollen Lehrkräfte auch andere **Schlüsselkompetenzen** vermitteln, **Fremdsprachen** beherrschen und **sich an internationaler Mobilität beteiligen**. Lehrkräfte sollen mit ihren Kollegen **im Team arbeiten**, Partnerschaften zwischen den Schulen und dem örtlichen Umfeld (z.B. Bibliotheken, Museen, Seniorenheimen, Unternehmen) aufbauen und ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in ihrem Unterrichtsfach und in der Pädagogik durch kontinuierliche **berufliche Weiterentwicklung** auf dem neuesten Stand halten.

Zudem wird ein „**lebens- und arbeitsweltbezogener Unterricht**“ gefordert in Form einer Orientierung hin zu projektbasiertem praktischem Lernen mit realistischer Lebens- und Arbeitserfahrung. So ist etwa die Verbesserung einer hochwertigen und fairen **betrieblichen Ausbildung** von Schülern/Studierenden in der Berufsbildung des Sekundär- und Tertiärsektors eine gemeinsame Forderung der Gewerkschaften.¹⁶

Hinzu kommt auch, dass **soziale Medien** auf junge Leute der „Generation Z“ (die mit den Geburtsjahrgängen Mitte der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre beginnt) und auf den Unterricht großen Einfluss haben, die Lehrerbildung jedoch nicht so angepasst wurde, dass sie mit den neuen technischen Entwicklung Schritt halten kann, was zu einer Kluft der Generationen bei Eltern, Lehrkräften und heutigen Schülern/Studierenden geführt hat. **Medienkompetenz and mediale Fähigkeiten** sind für die berufliche Weiterentwicklung von Lehrkräften entscheidend. Diesbezüglich spielen der Datenschutz und das Recht, auf Informationen zuzugreifen, eine zentrale Rolle. Zwar drängen Politikentscheider einerseits auf die Digitalisierung der Schulen, doch andererseits haben mehrere Länder den Zugang zu WLAN und die Nutzung von Smartphones und sozialen Medien an Schulen untersagt.

Mit all diesen hohen Anforderungen an Lehrkräfte geht aber nicht auch deren entsprechende Wertschätzung einher. Der Status des Lehrberufs bleibt in vielen Ländern niedrig, was unter anderem an **schlechten Arbeitsbedingungen und niedriger Bezahlung** zu sehen ist, und dies stellt ein Hemmnis für die Gewinnung junger Lehrkräfte dar.

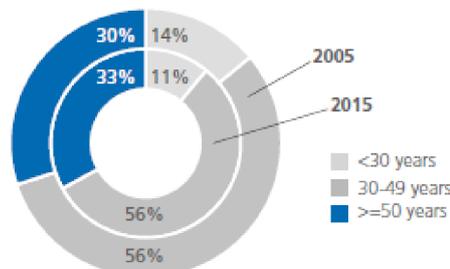
Um den steigenden Anforderungen gerecht werden zu können, braucht der Lehrberuf dringend Unterstützung.

¹⁶ EGB: Europäischer Qualitätsrahmen für die Ausbildung, 2016 https://www.etuc.org/sites/default/files/publication/files/de_europaischen_qualitatsrahmens_fur_die_ausbildung.pdf

Europäische Kommission: Vorschlag für eine EMPFEHLUNG DES RATES zu einem Europäischen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen, 2017 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52017DC0563&from=EN>

In den OECD-Ländern (2015)¹⁷ altert der Lehrberuf. Der durchschnittliche Anteil junger Lehrerinnen und Lehrer (unter 30 Jahren) beträgt in den OECD-Ländern in der Grundschulbildung 12 %, auf der unteren Sekundarstufe 10 % und auf der oberen Sekundarstufe 7 %.

 The teaching force continues to age...



In den OECD-Ländern (2015) sind an den Grundschulen 32 %, im unteren Sekundarbereich 36 % und im oberen Sekundarbereich 40 % der Lehrkräfte mindestens 50 Jahre alt.

Der Beruf weist ein starkes Ungleichgewicht bei den Geschlechtern auf: OECD-weit sind 7 von 10 Lehrkräften Frauen. In den OECD-Ländern (2015) sind die **Lehrkräfte** zu

- 97 % Frauen im Vorschulbereich
- 83 % Frauen im Grundschulbereich
- 69 % Frauen im Bereich der unteren Sekundarstufe
- 59 % Frauen im Bereich der oberen Sekundarstufe
- 43 % Frauen im Bereich der Tertiärstufe.

Gleichzeitig macht die OECD deutlich, dass die Löhne von Lehrkräften **im Vergleich mit anderen, ähnlich ausgebildeten Vollzeitkräften** niedrig sind. Das Spektrum der Löhne von Lehrkräften reicht von **78 bis 94 % der Löhne von Vollzeitkräften mit tertiärer Bildung**. Die Höhe der Gehälter von Lehrerinnen und Lehrern hängt vom relativen Wohlstand eines Landes ab. Der **wirtschaftliche Abschwung** im Jahr 2008 hatte unmittelbare Auswirkungen auf diese Gehälter, die entweder eingefroren oder - wie in einigen Ländern - auch gekürzt wurden.

In Anbetracht der wichtigen gesellschaftlichen Funktion des Lehrberufs sollte anerkannt werden, dass **angemessene Gehälter** eine Grundvoraussetzung dafür sind, Menschen für diesen Beruf zu gewinnen und bei den Lehrkräften für anhaltende Zufriedenheit und Motiviertheit für die Weiterführung ihrer Arbeit zu sorgen.

[Der Eurydice-Bericht zu Gehältern und Zulagen für Lehrkräfte und Schulleiter in Europa \(2015\)](#) zeigt, dass infolge von Vergütungsreformen (etwa in Kroatien, der Slowakei und Island) und von Anpassungen an die Lebenshaltungskosten die Gehälter der Lehrkräfte im Vergleich zum vorhergehenden Zweijahreszeitraum **gestiegen sind**. Auf diese Erhöhung folgten während der Krisenjahre allerdings in vielen Ländern Lohnsenkungen. Den durchschnittlichen Daten zum Trotz gibt es sechs Länder (Griechenland, Italien, Zypern, Litauen, Slowenien und Liechtenstein), in denen das **Einfrieren der Gehälter** weiterhin praktiziert wird, und in Serbien war ein Gehaltsrückgang von mehr als 1 % zu verzeichnen.

EURYDICE¹⁸ zufolge sind zwischen 2005 und 2015 in einem Drittel der EU-Länder die gesetzlichen Gehälter der Lehrkräfte real gesunken. In der Tschechischen Republik, Griechenland und der Türkei

17 OECD: Bildung auf einen Blick, 2017 <http://www.oecd.org/publications/bildung-auf-einen-blick-19991509.htm>

18 EURYDICE: Gehälter und Zulagen für Lehrkräfte und Schulleiter in Europa 2015/16: https://webgate.ec.europa.eu/fpfis/mwikis/eurydice/images/2/22/Teacher_salaries.pdf

sind die Gehälter laut OECD¹⁹ sowohl im Grundschulbereich als auch der unteren Sekundarstufe um 10 % oder mehr zurückgegangen. Laut EURYDICE ist das Gehaltsniveau in Rumänien um 5 %, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien um 4 % und in Serbien um 5 % gestiegen. jedoch war dem eine lange Zeit des Gehaltsstopps vorausgegangen.

Bei der Berechnung der Unterrichtsstunden und Arbeitsstunden von Lehrkräften in Europa zeigen sich große Abweichungen. Die Anzahl der **Unterrichtsstunden** (OECD²⁰) auf der unteren Sekundarstufe (2015) beträgt:

- 500 Stunden/Jahr: Russland, Türkei, Polen
- 600 Stunden/Jahr: Ungarn, Litauen, Tschechische Republik, Estland, Slowenien
- 650-700 Stunden/Jahr: Slowakei, Lettland
- 1000-1050 Stunden/Jahr: Schottland, Schweiz

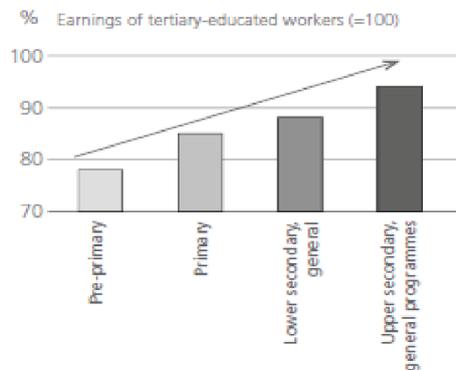
„**Unterrichtsstunden**“ sind offensichtlich nicht mit „**Arbeitsstunden**“ gleichzusetzen. Beispielsweise beträgt der **auf die Unterrichtstätigkeit entfallende Zeitanteil laut OECD**:

- 60 % in Litauen
- 40 % in Estland, der Slowakei und Lettland
- 35 % in der Tschechischen Republik und Ungarn
- 30 % in der Türkei



Teacher salaries are not competitive

Teachers' salaries relative to other tertiary-educated workers (2015)



ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Wie kann eine bessere Unterstützung der Lehrkräfte und die Aufwertung ihrer Rolle in Gesellschaft und Medien erreicht werden?*
- *Welche Schritte können Bildungsgewerkschaften in Europa unternehmen, um den Status des Lehrberufs zu verbessern?*

FÖRDERUNG VON CHANCENGLEICHHEIT, SOZIALER INKLUSION UND DEMOKRATISCHEM ENGAGEMENT

5. GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE

Chancengleichheit für alle beruht auf dem Grundsatz der Inklusion. Ein Zugang zu hochwertiger Bildung, der jedem offensteht, unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund oder eventuellen anderen diskriminierenden Faktoren, stellt für Bildung als öffentliches Gut die Grundlage dar und ist der Antrieb für nachhaltiges Wachstum und Innovation in der Zukunft. Die Erfüllung persönlicher Lernbedürfnisse und die Förderung individueller Lernmöglichkeiten für alle SchülerInnen und Studierenden ist äußerst wichtig und legt den Grundstein für lebenslanges Lernen und aktives bürgerschaftliches Engagement. Dies hilft den Schülern/Studierenden beim Erwerb der notwendigen Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt der Zukunft. Die verschiedenen Spielarten von Diskriminierung, die in der Bildung bewältigt werden müssen, sind oft vielfältig und überlappen sich. Einige der am häufigsten angesprochenen Arten sind Thema dieses Dokuments und reichen von Geschlechtergleichstellung über LGBT-Rechte und Rechte ethnischer und kultureller Minderheiten bis hin zu sonderpädagogischer Förderung und anderen Themen. Nur eine Gesellschaft, deren Grundlage Chancengleichheit für alle, Menschenrechte und universelle Werte sind, kann langfristig erfolgreich dabei sein, die Bedürfnisse ihrer Bürger in befriedigender und vorausschauender Weise zu erfüllen und künftige Herausforderungen anzugehen und zu bewältigen.

FÖRDERUNG DER GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Bildung hat starken Einfluss auf die Geschlechterbeziehungen am Arbeitsmarkt und die Gesellschaft insgesamt. Geschlechterbilder werden in der Schule von einem frühen Alter an durch die Interaktion von Jungen und Mädchen sowie weiblichen und männlichen Lehrkräften, aber auch durch die Lehrpläne und Lernmaterialien weitergegeben und verändert. Bildung ist ein fundamentales Menschenrecht und soll dabei helfen, das volle Potenzial eines jeden Lernenden auszuschöpfen, was auch die Erziehung von Lernenden zu toleranten und gendersensiblen Bürgern beinhaltet. Wenn Mädchen und Jungen Fachgebiete und Berufsfelder gemäß ihren Interessen und nicht aufgrund von Geschlechterstereotypen auswählen, kann dies die potenzielle Produktionsleistung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft erheblich ankurbeln, während Geschlechtergleichstellung im Forschungssektor künftige Innovationen und Erfolge hervorbringt.

Geschlechtergleichstellung ist eines der zentralen UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und als Wert und Ziel in Europa von grundlegender Wichtigkeit. In der Realität ist die Schlacht um die Geschlechtergleichstellung von einem Sieg allerdings noch weit entfernt. Weltweit sind nach wie vor energischere Bemühungen - auch in Bezug auf rechtliche Rahmenbedingungen - *vonnöten, um tiefverwurzelte Geschlechterdiskriminierung zu bekämpfen, die meist das Ergebnis von patriarchalischen Vorstellungen und entsprechenden gesellschaftlichen Normen ist.*²¹ **Auch bewegt Europa sich nur im ‚Schneckentempo‘ in Richtung Geschlechtergleichstellung,**²² denn Ungleichheiten und geschlechterspezifische Unterschiede bestimmen in fast allen Lebensbereichen das Bild. Der Beruf bleibt ein Feld, das stark von Ungleichheiten und Geschlechtertrennung geprägt ist, wobei Geschlechterstereotypen die Lebenschancen von Mädchen und Jungen begrenzen und die horizontale und vertikale Geschlechtersegregation die berufliche Entwicklung weiblicher Lehrkräfte hemmt.

DIE HERAUSFORDERUNG

Obwohl Frauen, was Bildungsleistungen anbelangt, oft erfolgreicher als Männer sind und sie die Mehrheit der Studierenden der tertiären Stufe stellen²³, bleibt die **Trennung nach Männern und Frauen bei den fachlichen Ausbildungsrichtungen ein gravierendes Problem im derzeitigen Bildungssystem**, ganz besonders in der Berufsbildung. Geschlechtertrennung bei den fachlichen Ausbildungsrichtungen schafft Probleme beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt und führt zu geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden, wenn man bedenkt, dass traditionell männlich dominierte Berufe üblicherweise diejenigen sind, die am schnellsten wachsen und am besten bezahlt werden (IKT, Mathematik, Informatik Naturwissenschaften, Technik (MINT))²⁴.

Die horizontale and vertikale Geschlechtersegregation im Lehrberuf untergräbt ebenfalls die Geschlechtergleichstellung in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Wie auch in anderen Berufen des öffentlichen Sektors ist die Mehrheit der in der Bildung tätigen Angestellten weiblich (71 %²⁵), und Fragen, die mit der Geschlechtergleichstellung zu tun haben, muss im Lehrberuf besondere Aufmerksamkeit

21 Bericht des Generalsekretärs, „Fortschritt in Richtung der Ziele für nachhaltige Entwicklung“ E/2017/66

22 Europäisches Institut für Geschlechtergleichstellung (EIGE), Index für Geschlechtergleichstellung 2017: Europa erreicht durchschnittlich 66,2 Punkte von 100, was einem Anstieg von lediglich 4,2 Punkten seit 2005 entspricht, <http://eige.europa.eu/gender-equality-index>

23 EIGE merkt an, dass in der allgemeinen und beruflichen Bildung das geschlechterbedingte Gefälle bei MINT-Fächern (rund 19 % Mädchen) in etwa genauso hoch ist wie bei Berufsfeldern im öffentlichen Dienst, im Bildungs- und im Gesundheitswesen (rund 19 % Jungen). Bei der Beschäftigung in diesen Berufsfeldern ist die Lücke für Frauen jedoch wesentlich größer: der Frauenanteil beträgt im MINT-Bereich nur 14 %, während der Männeranteil im öffentlichen Dienst, Bildungs- und Gesundheitswesen 27 % beträgt (<https://goo.gl/wcYvc5>).

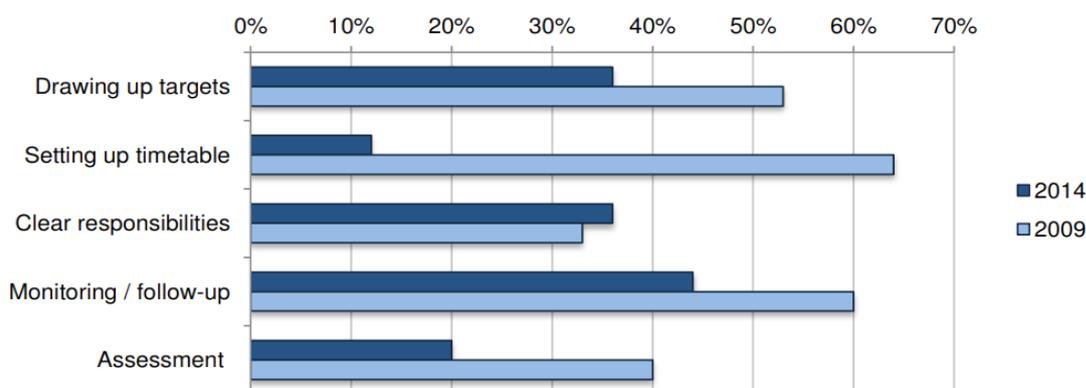
24 idem

25 Eurostat, 2018, (<http://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/policy-areas/education>).

gewidmet werden. Der Lehrberuf bietet mehr Möglichkeiten, flexible Arbeitszeiten zu vereinbaren als andere Berufe im öffentlichen Sektor, was ihn für Frauen, die sich noch immer eher als Männer um Kinder und alte Menschen kümmern, attraktiv macht. Doch wird durch solche Vereinbarungen die Arbeitszeit der weiblichen Lehrkräfte reduziert, wodurch sie im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen weniger wettbewerbsfähig sind, was ihr wirtschaftliches und berufliches Fortkommen angeht. Frauen sind in den Bereichen der frühkindlichen Bildung und der Grundschulbildung überrepräsentiert, also in Bereichen, die oft mit Fürsorge assoziiert werden und schlechter bezahlt sind als Anstellungen in anderen Bildungssektoren. Männer hingegen sind meist in besser bezahlten Positionen mit höherem Status (z.B. in der tertiären Bildung) beschäftigt oder in Führungspositionen, die mehr Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse und Politikentwicklung zulassen.²⁶

Zusätzlich zu den bestehenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und Unterschieden ergeben sich neue Herausforderungen bei der Geschlechtergleichstellung durch **Veränderungen in unserer Gesellschaft, wie z.B. sozioökonomische Umstellungen infolge von Wirtschaftskrisen, neuen Technologien, Migration und andersartigen Familienstrukturen**. Zwar gibt es in Europa Vorschriften für die gleiche Entlohnung von Frauen und Männern im Bildungssektor, doch wirken das geringe Ansehen des Lehrberufs, schwierige Arbeitsbedingungen und die ungleiche Verteilung von Betreuungspflichten sich auf die Geschlechtergleichstellung stark negativ aus. Zudem tragen Prekarisierung und Arbeitsplatzunsicherheit stark dazu bei, die geschlechtsbedingten Ungleichheiten in der Gesellschaft insgesamt zu verschärfen.

Um zu gewährleisten, dass Bildung künftig den Bedürfnissen von Jungen und Mädchen gleichermaßen gerecht wird und die Gesellschaft von morgen keine Geschlechterstereotypen und Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt mehr kennt, müssen die Bildungsgewerkschaften die Geschlechtergleichstellung nicht nur in den Bildungssystemen und im Lehrberuf, sondern auch innerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen verbessern. Wie das EGBW-Projekt „Förderung der Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften und im Lehrberuf II: Umsetzung und Verstärkung von Maßnahmen der Bildungsgewerkschaften zur Geschlechtergleichstellung in Zeiten der Sparpolitik“²⁷ gezeigt hat, **sind Frauen auch bei den Bildungsgewerkschaften in Beschlussfassungsstrukturen und Führungspositionen, gemessen am von ihnen gestellten Anteil der Gewerkschaftsmitglieder, unterrepräsentiert**. Zudem zeigte sich, dass weniger als 40 % der Gewerkschaften sich mit geschlechterspezifischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise befassen oder Fragen der Geschlechtergleichstellung im sozialen Dialog ansprechen.



EGBW-Bericht Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften in Zeiten der Sparpolitik, 2014: Mechanismen zur Umsetzung der Politik zur Geschlechtergleichstellung in der Gewerkschaft, 2009-2014.

26 Eurydice-Schlüsseldaten zu Bildung in Europa 2012; Laut EIGE „beträgt mit einigen Ausnahmen - z.B. Finnland, wo das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen ist - der Anteil weiblicher Lehrkräfte an Grundschulen gewöhnlich über 75 %“ (<http://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/policy-areas/education>).

27 EGBW-Bericht zur Umfrage unter nationalen Bildungsgewerkschaften 'Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften in Zeiten der Sparpolitik', 2014, https://www.csee-etuice.org/images/attachments/Gender_equality_Survey_report_EN_only.pdf.

Die Bildungsgewerkschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Geschlechterstereotypen im Bildungssektor, indem sie ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern in Positionen mit Entscheidungsbefugnis fördern und insgesamt den Status des Lehrberufs heben. Es ist von größter Wichtigkeit, dass sie tätig werden und Maßnahmen entwickeln und umsetzen, welche die derzeitige Situation verbessern können.

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Wie können sowohl Frauen als auch Männer für den Lehrberuf gewonnen werden?*
- *Welche Maßnahmen sind erforderlich, um die Geschlechtertrennung in Ausbildung und Beruf zu bekämpfen?*
- *Wie können die Bildungsgewerkschaften die Beteiligung und Mitwirkung von Frauen an Entscheidungsprozessen im Bildungssektor und in den Strukturen der Bildungsgewerkschaften voranbringen?*
- *Wie können die Bildungsgewerkschaften auf nationaler und sektoraler Ebene Strategien für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben unterstützen?*

FÖRDERUNG GESELLSCHAFTLICHER INKLUSION

Laut Definition der UNESCO, die auch von der Europäischen Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung unterstützt wird, ist „inklusive Bildung“ ein laufender Prozess mit dem Ziel, hochwertige Bildung für alle zu bieten und gleichzeitig die Vielfalt, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten, Eigenschaften und Lernerwartungen der Schüler/Studierenden und der Allgemeinheit zu achten sowie jegliche Form der Diskriminierung abzuschaffen. Tatsächlich werden als die drei Hauptgrundsätze einer inklusiven Bildung typischerweise folgende Prinzipien genannt: a) Die Bereitstellung von Bildung und Förderung sollte innerhalb des Gemeinwesens und nicht in abgetrennten Settings stattfinden; b) Förderung und Leistungen sollten personenbezogen sein, so dass Personen mit Beeinträchtigungen oder sozialen Benachteiligungen in die Entscheidungen darüber, welche Unterstützung sie benötigen, besser eingebunden werden können; und c) die Förderung sollte dauerhafte menschliche Bindungen berücksichtigen und ein Leben lang gewährt werden, statt sie nur in Form zusätzlicher materieller und wirtschaftlicher Mittel zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen.

DIE HERAUSFORDERUNG

Parallel dazu kommen OECD-Forschungen zu dem Schluss, dass inklusive Bildung sich damit befasst, das Bildungssystem allgemein in ein System umzugestalten, das auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Gesamtheit der Lernenden effektiv eingehen kann.' Bei inklusiver Bildung, so die Autoren, gehe es nicht darum, die Lernenden unter Berücksichtigung ihrer individuellen Bedürfnisse in gängige Lernumgebungen zu stecken, sondern darum, das Schulwesen zu reformieren; und um Bildung für alle zu fördern und Hürden bei der Teilhabe und den Lernmöglichkeiten benachteiligter Gruppen abzubauen, muss die Reform des Bildungssystems eng verknüpft werden mit anderen Strategien, z.B. zur Linderung von Armut, Verbesserung der Gesundheit von Mutter und Kind, Förderung der Geschlechtergleichstellung und Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit und weltumspannender Partnerschaft.'

Abgesehen von der besonderen Situation von Migranten und Flüchtlingen in Europa gibt es **bei den Lernenden** noch weitere gefährdete Gruppen, die aus dem Blickwinkel einer „inklusive Bildung“ Aufmerksamkeit verdienen, und zwar in erster Linie bei der frühkindlichen Bildung. Wenn es darum geht, Lehrkräfte beim Unterrichten und Fördern gefährdeter Gruppen zu unterstützen, kommt den Bildungsgewerkschaften eine fundamentale Rolle zu. Zu diesen Gruppen gehören beispielsweise Lernende mit einer Behinderung oder besonderem Förderbedarf, Roma, LGBT-Lernende, Lernende mit schwachen sozio-ökonomischen Voraussetzungen, Lernende, die von Marginalisierung oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, Lernende aus zerrütteten Familien oder andere mehr.. Jede Gruppe hat eigene besondere Förderbedürfnisse und eigene soziale und wirtschaftliche Besonderheiten, die sich auch nach ihrem jeweiligen nationalen Umfeld und ihren kulturellen Traditionen richten. Bei der Inklusion dieser Lernenden spielen die Lehrkräfte und ihre Gewerkschaften eine zentrale Rolle.

Die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) hat in ihrer zweiten EU-LGBT-Umfrage und dem Forschungsbericht „Beruflich gesehen: Herausforderungen auf dem Weg zur Gleichstellung von **LGBT-Personen**“²⁸ Daten zu den Erfahrungen von LGBT-Personen erhoben und ausgewertet, darunter auch Daten von Lehrkräften und Bildungsbeschäftigten. Von einem inklusiven LGBT-Blickwinkel aus werden die

²⁸ https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/lgbti-actionlist-dg-just_en.pdf

Antidiskriminierungsgesetze der EU durch die Ergebnisse gestützt. In diesem Jahr - 2018 - drehte sich die internationale LGBT-Woche schwerpunktmäßig um „Allianzen für Solidarität“ und legte besonderes Augenmerk auf die Stärkung von Allianzen für Intersektionalität - (Allianzen, die betonen, dass sexuelle und geschlechtliche Minderheiten sich mit anderen gefährdeten Gruppen verbünden müssen - mit dem Ziel, sichere Arbeits- und Lernumgebungen zu schaffen, Gewalt zu bekämpfen, durch Lobbyarbeit rechtliche Änderungen voranzutreiben und die Öffentlichkeit weiterhin für das Thema zu sensibilisieren.

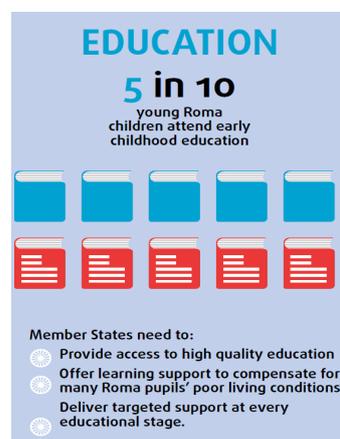
Die Europäische Kommission (GD JUST) will ihrerseits durch Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBT-Personen, die im Zeitraum 2016-2019²⁹ umgesetzt werden sollen, uneingeschränkten rechtlichen Schutz von LGBT-Personen vor Diskriminierung erreichen.

Zwar gaben 91% der Teilnehmer an, negative Kommentare oder negatives Verhalten gegenüber einem als LGBT-Person geltenden Klassenkameraden miterlebt zu haben (LGBT-Erhebung in der EU, FRA, 2015)³⁰, doch zeigte die **Eurobarometer-Umfrage 2017** auch Folgendes:



Aus Sicht der Lehrkräfte können u.a. die folgenden Argumente Lehrerinnen und Lehrer dazu ermuntern, einzuschreiten: 1) Die Stigmatisierung, Diskriminierung und Einschüchterung, der die Kinder ausgesetzt sind, laufen ihrem Recht auf Bildung zuwider, 2) Schülerinnen und Schüler, die von der vorherrschenden Geschlechternorm abweichen, haben am meisten unter Gewalt an Schulen zu leiden, und 3) Homo-/ Transphobie ist ein Punkt, an dem man zur Bekämpfung sexueller/geschlechtsbasierter Gewalt an Schulen ansetzen kann.

Eine weitere Gruppe gefährdeter Lernender ist die **Gemeinschaft der Roma**. Einem neuen Bericht der EU-Agentur für Grundrechte zufolge (Mai 2018)³¹ bestehen bei der Integration der Roma nach wie vor Bildungsbarrieren. Die Mitgliedstaaten müssen Zugang zu einer hochwertigen Bildung schaffen und jegliche Form der Schul- oder Klassentrennung beseitigen; sie müssen Hilfe beim Lernen (einschließlich einer digitalen Inklusion auf Basisniveau) anbieten, um die schlechten Lebensbedingungen vieler Roma auszugleichen, und sie müssen auf jeder Bildungsstufe zielgerichtete Unterstützung gewähren, und zwar ganz besonders in der frühkindlichen Bildung.



29 https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/lgbti-actionlist-dg-just_en.pdf

30 https://ec.europa.eu/newsroom/just/document.cfm?action=display&doc_id=44677

31 http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-anti-gypsyism-barrier-roma-inclusion_en.pdf

Eine weitere gefährdete Gruppe sind **Lehrkräfte und Schüler/Studierende mit Behinderung**. Tatsächlich hat das Europäische Parlament begonnen, die Umsetzung der 'EU-Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2020' auszuwerten, welche allgemeine und berufliche Bildung für Kinder und Erwachsene mit Behinderungen und besonderem Förderbedarf sowie Zugang zu hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen beinhaltet. Genauer gesagt, hat der Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments kürzlich eine Stellungnahme³² zu den zentralen Problemen von Lehrkräften veröffentlicht, die Schüler/Studierende mit Behinderungen und besonderem Förderbedarf unterrichten. Insbesondere empfiehlt der Ausschuss, dass Lehrkräfte und Ausbilder auf die Arbeit mit behinderten Kindern vorbereitet werden und geeignete Unterstützung erhalten, dass die Mitgliedstaaten ermutigt werden, Konzepte für eine inklusive allgemeine und berufliche Bildung sowie eine inklusive berufliche Weiterentwicklung von Lehrkräften und Ausbildern zu entwickeln, dass der Austausch von bewährten Praktiken zum Thema inklusive Bildung und lebenslanges Lernen zwischen Lehrkräften, Bildungsbeschäftigten, Behörden und Schülern/Studierenden mit Behinderung angestoßen wird, und dass die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, dafür zu sorgen, dass allgemeine und berufliche Bildung in einer Weise organisiert wird, die Kinder und Erwachsene mit körperlicher oder geistiger Behinderung inkludiert und ihnen Rat, Hilfe und individualisierten Unterricht ermöglicht. In der heutigen Welt, die im Zeichen des schnelllebigen digitalen Wandels steht, sind universelle technologische Konzepte (z.B. unter Nutzung anpassungsfähiger und unterstützender IKT-Endgeräte) und die Einbindung von IKT auf Grundlage der Standards zur Informationszugänglichkeit ebenfalls wichtig für die Chancengleichheit.

Grundsätzlich erfordert die Verwirklichung **gleicher Chancen für alle**, dass Lehrkräfte und andere Bildungsbeschäftigte, was die Grundrechte bestimmter Gruppen von Lernenden anbelangt, in geeigneter Weise sowohl im Rahmen der Lehrererstausbildung als auch der Lehrerfortbildung ergänzend geschult werden und dass hierfür in ausreichender und nachhaltiger Weise öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Dies kann dazu beitragen, den Lehrkräften und sonstigen Bildungsfachleuten im Umgang mit Diversität, im Kampf gegen Mobbing und Gewalt an Schulen und bei der Förderung einer inklusiven Lernumgebung für alle den Rücken zu stärken und sie weiter für diesen Bereich zu sensibilisieren.

Die Bildungsgewerkschaften müssen ihre Zweigorganisationen laufend über die Entwicklungen und Neuerungen bezüglich der nationalen und europäischen Antidiskriminierungsgesetze informieren, ebenso wie über die Rechtsvorschriften zur Bekämpfung verschiedener Diskriminierungsformen an den Schulen und am Arbeitsplatz, damit letztlich formell und materiell die volle Gleichstellung erreicht werden kann.

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Welche Schritte können Bildungsgewerkschaften unternehmen, um „inklusive Bildung“ zu fördern?*
- *Wie können Bildungsgewerkschaften Lehrkräfte beim Unterrichten gefährdeter Gruppen von Lernenden unterstützen?*

³² <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-604.815+02+DOC+PDF+V0//DE>

6. INKLUSION VON MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGEN IN DIE BILDUNG

DIE HERAUSFORDERUNG

Für das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen ist die Einbeziehung der Sozialpartner im Bildungsbereich unverzichtbar, wenn es darum geht, dass Migranten und Flüchtlinge Zugang zu hochwertiger und inklusiver Bildung erhalten, um sich erfolgreich integrieren zu können, sowie die Bildung von Migranten in der Bildungspolitik zu verankern. Um dies zu erreichen, muss für eine geeignete und nachhaltige Finanzierung gesorgt werden, so dass Lehrkräfte und sonstige Bildungsbeschäftigte in Bezug auf Migrantenbildung angemessen geschult werden können, und zwar sowohl im Rahmen ihrer Erstausbildung als auch ihrer Fortbildung. Hierzu gehören auch noch weitere anspruchsvolle Aufgaben, die sich der Qualität und Inklusivität von Bildung widmen, z.B. pädagogische Schulung, sprachliche Unterstützung, psychosoziale Beratung und sonstige ergänzende didaktische Maßnahmen. Weitere künftige Herausforderungen in der Bildung sind eine höhere Diversität innerhalb der Lehrerschaft, die Nutzung internetbasierter Kurse zu Inklusionszwecken³⁴ und die Rolle der Bildungsgewerkschaften hierbei.

Die Reaktionen der europäischen Regierungen und Spitzenvertreter auf die in Europa Schutz suchenden Flüchtlinge waren langsam und politisch unterschiedlich. Der große und plötzliche Ansturm von Migranten, Flüchtlingen, Asyl suchenden Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die alle in Europa Schutz suchen, hat sich für Europa zu einer der größten humanitären Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt: 2015 kamen 1,26 Millionen Asylbewerber in die EU. 2016 reisten etwa 370.000 Flüchtlinge in die EU ein, während die Zahlen 2017 weiter zurückgingen. Vor den Toren der EU hat die Türkei ungefähr 3,2 Millionen syrische Flüchtlinge (UNHCR³⁵) und eine beträchtliche Anzahl nichtsyrischer Schutzsuchender aufgenommen: diese kommen zu rund 44 % aus Afghanistan, zu 42 % aus dem Irak und zu 10 % aus dem Iran. Zudem setzt sich der gemischte Flüchtlingsstrom entlang der Balkanroute weiter fort³⁶, ein Indiz dafür, dass **die am stärksten genutzten Migrationsrouten nach wie vor über die Westbalkanländer führen**. Schätzungen zufolge sind in den letzten vier Monaten des Jahres 2017 mehr als 5.000 Flüchtlinge und Migranten in die Balkanländer gekommen³⁷ womit die Zahl der sich gegenwärtig (Januar 2018) dort aufhaltenden Flüchtlinge und Migranten über 6.500 beträgt. [UNHCR stellt Folgendes fest](#) (2016):

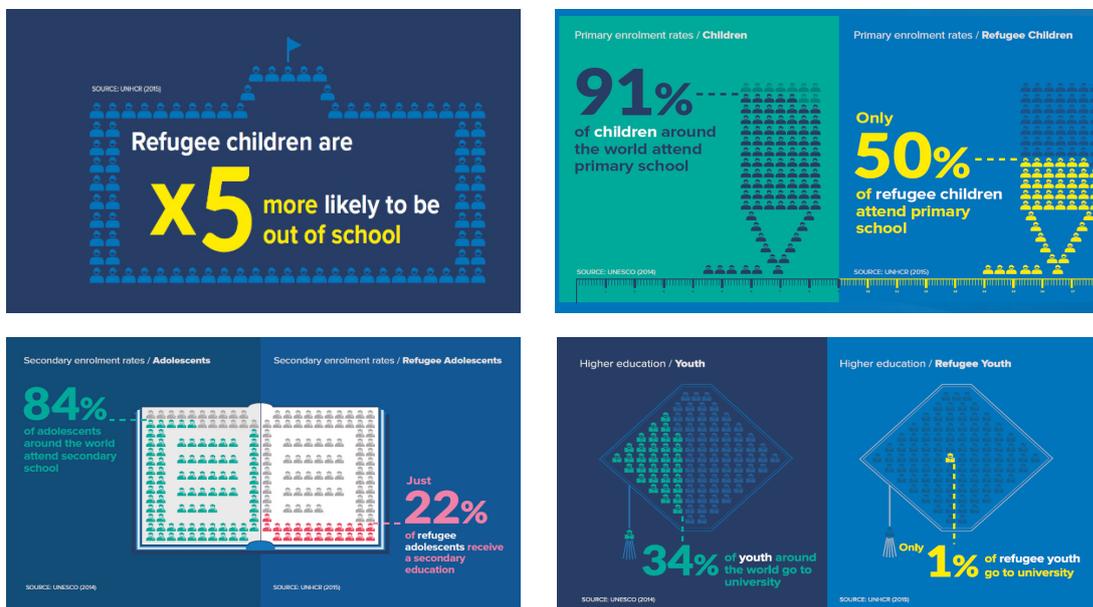
- Weltweit besuchen 91 % der Kinder die Grundschule. **Flüchtlingskinder besuchen nur zu 50 % eine Grundschule.**
- Weltweit besuchen 84 % der Jugendlichen eine weiterführende Schule. **Unter heranwachsenden Flüchtlingen erhalten nur 22 % eine Sekundarschulbildung.**
- Weltweit besuchen 34 % der jungen Menschen die Universität. **Unter jungen Flüchtlingen besucht nur 1 % die Universität.**

34 Europäische Kommission, Gemeinsame Forschungsstelle 2018, [Mapping & analysis of MOOCs & free digital learning for inclusion of migrants & refugees](#).
35 <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/60180>

36 Save the Children, Dezember 2017: FLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN AUF DER WESTBALKAN- ROUTE, Ein regionaler Überblick: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/SC%20BMDH%20DATA%20Regional%20Overview_%20September%20-%20December%202017.pdf

37 Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Kosovo, ehemalige jugoslawische Republik Makedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien and Slowenien.

Tatsächlich sind mit der Inklusion von Migranten und Flüchtlingen in die Bildung zahlreiche Herausforderungen verbunden³⁸.



Eine Statistik, die im Bericht der EU-Agentur für Grundrechte „Die derzeitige Migrationssituation in der EU: Bildung“ besonders hervorsticht, besagt, dass in neun der 14 untersuchten Mitgliedstaaten Kinder in Auffanglagern für Einwanderer überhaupt keinen Zugang zu irgendeiner Form von Bildung haben. Das EGBW tritt seit langem dafür ein, dass Bildung als Menschenrecht jedem offenstehen muss, was auch für Kinder in Auffanglagern für Einwanderer gelten sollte. Vor diesem Hintergrund appellieren das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen nachdrücklich an die Regierungen in Europa, nach Kräften das Recht auf Bildung zu achten, zu schützen und zu erfüllen, damit der Zugang zu Bildung und die Lernleistungen von Flüchtlingskindern verbessert werden können; hierbei soll besonderes Augenmerk auf die Lernumgebung, die Unterrichtsqualität, die frühkindliche Bildung und auf Angebote zum beschleunigten Lernen gelegt werden.

Weitere Herausforderungen³⁹ sind konkret die langen Wartezeiten bei der Beantragung von Flüchtlingsschutz durch Asylbewerber und ebenso Sprachbarrieren, geringe Zugangsmöglichkeiten durch weite Wege, unzureichende Familienberatung, mangelnde Informationen über Hilfsangebote, niedrige Zuwendungen für Ausgaben für Asylbewerber und die Behandlung und Inklusion traumatisierter Kinder. All diese Probleme erfordern eine verbesserte Abstimmung zwischen der EU, den nationalen Regierungen und den Bildungsgewerkschaften, damit die hinreichende Finanzierung von Schulen und die Unterstützung von Lehrkräften bei der Inklusion von Migranten und Flüchtlingen in die Bildung ebenso gewährleistet werden kann wie die Schulung von Lehrkräften an Schulen, die steigende Zahlen von SchülerInnen mit Flüchtlings- oder Migrationshintergrund verzeichnen; dies soll ermöglichen, dass die Lehrkräfte vorbereitet sind und die Lernenden die inklusive Bildung erhalten, die sie brauchen. Damit die Bildungseinrichtungen und Lehrkräfte auf die Bedürfnisse von Flüchtlingskindern in geeigneter Weise eingehen können, müssen außerdem Bildungseinrichtungen und Ausbildungsstätten in ausreichender Anzahl zur Verfügung gestellt werden.

Eine weitere Herausforderung ist das Fehlen geeigneter psychologischer Hilfsangebote für Flüchtlingskinder, die Elend und Traumatisierung erlebt haben. Zwar stellen einige Länder psychologische Unterstützung in der einen oder anderen Form zur Verfügung, doch ist diese kaum je auf Flüchtlingskinder

³⁸ Bericht der EU-Agentur für Grundrechte „Die derzeitige Migrationssituation in der EU: Bildung“, 2017.
³⁹ FRA-Bericht ‚Kein Zugang zu Bildung für viele MigrantInnen‘, 2017.

und deren Bedürfnisse zugeschnitten. Für die Inklusion von Migranten- und Flüchtlingskindern muss aber gewährleistet sein, dass Lernenden im Bedarfsfall⁴⁰ fachliche psychologische Hilfe offensteht.

In Zeiten des Unterrichts in multikulturellen Umgebungen bleibt es ein schwieriges Unterfangen, Lernenden mit Migrationshintergrund Bildungsangebote in ihrer Muttersprache zu machen. Alternativen hierzu können zweisprachige Lehrkräfte, Sprachassistenten für LehrerInnen, sprachliche Unterstützung durch örtliche Dienstleister und die Konzipierung gezielter zweisprachiger Kurse für Lernende mit Migrations- oder Flüchtlingshintergrund sein⁴¹.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen setzt sich das EGBW seit langem durch konkrete Maßnahmen dafür ein, dass die Bildungsgewerkschaften bei der Schaffung von stärker inklusiven Lernumgebungen für Migranten und Flüchtlinge ihren Beitrag leisten. Das EGBW ist vor kurzem dem [SIRIUS-Netzwerk zur Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund](#) und dem [Beratenden Forum des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen \(EASO\)](#) (Hauptsitz: Malta) beigetreten, um der Stimme der Lehrkräfte und sonstigen Bildungsbeschäftigten bei den auf EU-Ebene stattfindenden Diskussionen zur Bildung von Migranten und Flüchtlingen Gehör zu verleihen.

Mit dem Ziel, nachhaltige Rahmenbedingungen für die Sozialpartner zu schaffen, wenn es darum geht, Schulen, Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte, Ausbilder und Schulleiter im Umgang mit Lernenden mit Migrationshintergrund zu unterstützen, führt das EGBW derzeit gemeinsam mit dem Europäischen Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen (EFEE) ein Projekt durch mit dem Titel '[Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog Bildung für eine effektive Integration von Migranten und Flüchtlingen bei der Bildung](#)'.

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Welche Bedürfnisse haben Lehrkräfte und Bildungsbeschäftigte, wenn es um die Inklusion von Migranten und Flüchtlingen in die Bildung geht?*
- *Welche zentralen Fördermechanismen/Reformen sind erforderlich, um Lehrkräften bei der Einbindung von Migranten und Flüchtlingen in die öffentlichen Bildungssysteme zu helfen?*
- *Wie können Bildungsgewerkschaften ihre Ressourcen stärker dafür mobilisieren, die Inklusion junger und erwachsener Flüchtlinge in das Bildungssystem/in lebenslanges Lernen und in den Arbeitsmarkt zu unterstützen?*
- *Wie kann hochwertige öffentliche Bildung für alle dazu beitragen, dass an den Schulen die Integration gelingt und schulische Barrieren für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund abgebaut werden, damit Segregation und vorzeitiges Abbrechen der Schule möglichst vermieden werden?*
- *Welche Rolle spielt informelle Bildung bei der Inklusion von Migranten und Flüchtlingen?*

⁴⁰ Europäisches Parlament, Bildungsausschuss Studie zur Beobachtung und Einschätzung der Bildung von MigrantInnen (2017)

⁴¹ Europäische Kommission: DG EAC 2015, „Das Lehren und Lernen von Fremdsprachen in multikulturellen Klassen“, und das EU-Projekt AVIOR des SIRIUS-Netzwerks zur Bildung von Migranten: Bilinguale Bildung, 2017.

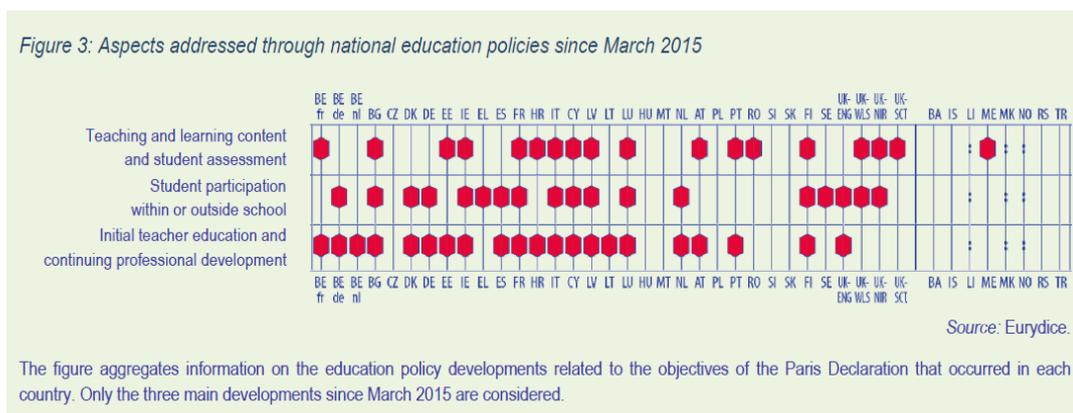
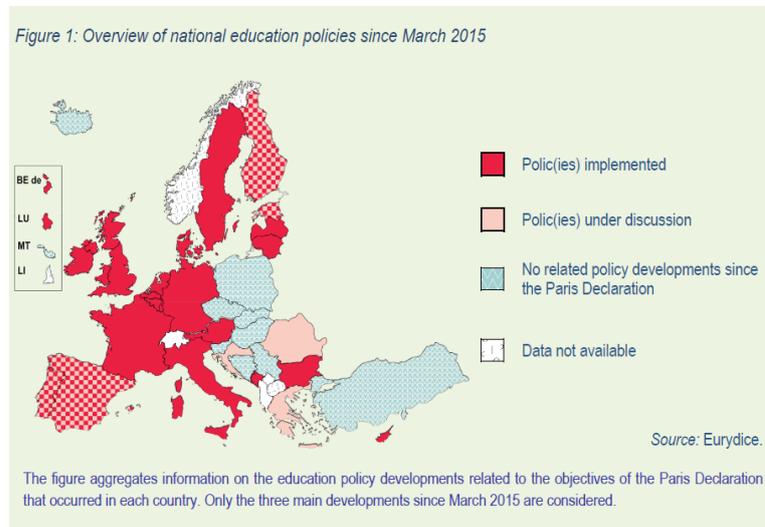
7. DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT UND UNIVERSELLE WERTE

Bildung ist ein äußerst wichtiges Werkzeug bei der Bekämpfung von Extremismus, gewalttätiger Radikalisierung und jeglicher Form von Intoleranz, weil sie die **staatsbürgerliche Bildung, bürgerschaftliches Engagement und universelle Werte** wie Demokratie, Toleranz, Freiheit und Nichtdiskriminierung fördert, und zwar besonders in den pluralistischen und globalisierten Gesellschaften der Gegenwart. Das Unterrichten in multikulturellen Lernumgebungen ist eine zentrale Herausforderung, die gleichzeitig wertvolle Chancen zur Förderung der Menschenrechtsbildung und der sozialen Inklusion bietet. Dies beinhaltet allerdings auch eine Reihe nachgelagerter Herausforderungen; hierzu gehört die akademische Freiheit bei der Auswahl der am besten geeigneten Unterrichtsmethoden und -techniken, der ausgewogene Ansatz zwischen religiösen Fragen und Menschenrechten im interkulturellen Dialog, elektronische Sicherheit und digitale Verantwortung samt Engagement für die Nutzung von Internet und sozialen Netzwerken, die Folgen eines ‚ganzheitlichen Schulkonzepts‘ und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit neuen Akteuren auf kommunaler Ebene. In diesem Spannungsfeld ist die Rolle, die Bildungsgewerkschaften und Lehrkräfte spielen, wenn sie die Anzeichen eines Abgleitens von SchülerInnen/Studierenden in gewaltbereite extremistische Milieus bemerken, besonders komplex und gestaltet sich unterschiedlich, je nach nationalem Kontext und Traditionshintergrund und Bildungsstrategie.

Im Nachgang zur [Erklärung von Paris \(2015\) zur Förderung politischer Bildung und gemeinsamer EU-weiter Werte](#), deren Ziel es ist, vor allem bei benachteiligten Schülern/Studierenden die sozialen, staatsbürgerlichen und interkulturellen Kompetenzen, ebenso wie kritisches Denken und Medienkompetenz, zu verbessern und den interkulturellen Dialog sowie stärker inklusiv gestaltete Bildungs- und Ausbildungssysteme auf nationaler wie regionaler Ebene zu fördern, hat die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission kürzlich die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation „Förderung sozialer Inklusion und gemeinsamer Wertvorstellungen der EU durch formelles und nicht-formelles Lernen“ veröffentlicht. Neben anderen wichtigen Ergebnissen zeigte der Konsultationsbericht auch, dass die Unterstützung und Stärkung der Lehrkräfte einen der effektivsten Wege darstellt, inklusive Lernumgebungen zu schaffen und mit Multikulturalismus, Diversität und Kontroversen umzugehen. Auch die Verbesserung der Lehrererstausbildung und -fortbildung gehört zu den wirksamsten Methoden, Bildungssysteme hochwertig und inklusiv zu gestalten. Überarbeiteten Lehrplänen, innovativen Unterrichtsmethoden und lernerzentrierten Unterrichtskonzepten kommt bei der effektiven Vermittlung von Querschnittsthemen wie politischer Bildung und Menschenrechten entscheidende Bedeutung zu. Die Schulung von Lehrkräften, die auch Mentoring, Peer-Feedback und den Austausch bewährter Praktiken zum ‚informellen Lernen‘ umfasst, ist ebenfalls ein wichtiger Faktor, wenn es darum geht, Lehrkräften dabei zu helfen, gemeinsame Werte außerhalb des Klassenzimmers (z.B. bei außerschulischen Aktivitäten) zu vermitteln und die eigene Rolle dabei besser zu verstehen. Auf Grundlage des Konsultationsberichts wird derzeit vom Europäischen Rat eine [Empfehlung zur „Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht“](#) vorbereitet. Tatsächlich hat der Bericht verschiedene Empfehlungen des EGBW berücksichtigt⁴², insbesondere diejenigen für die *„Intensivierung der Anstrengungen zur Überwindung des Mangels an qualifizierten Lehrkräften und zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs. Hierzu gehört auch eine gute Bezahlung, die der Bezahlung in anderen akademischen Berufen vergleichbar ist. Außerdem sollte man sich darum bemühen, dass der Status und die soziale Funktion von Lehrkräften, Akademikern und anderen Bildungsbeschäftigten*

42 https://www.csee-etu.org/images/attachments/PositionPaper_Consultation-EUshared_values_Social_inclusion.pdf

besser anerkannt wird, denn sie bilden eine künftige Generation aktiver und verantwortlicher Bürger aus, die kritisch denken kann und einen effektiven Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft leistet“.



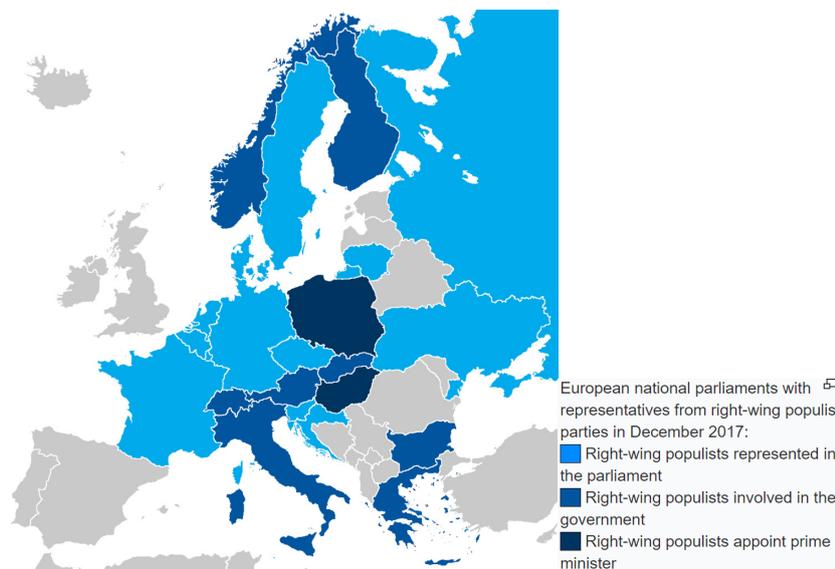
Parallel dazu gab es bei der politischen Bildung umfangreiche Entwicklungen [auf nationaler Ebene](#). Hierzu gehören beispielsweise der französische Aktionsplan 'Grande mobilisation de l'École pour les valeurs de la République' (Große Mobilisierung des Schulwesens für die Verteidigung republikanischer Werte); das dänische Paket für Lehrkräfte mit Tools zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen im Schulsystem sowie die Gesetzesänderungen und aktualisierten Ratschläge für Lehrkräfte zur besseren Umsetzung des nationalen Lehrplans (einschließlich Menschenrechtsbildung/demokratischer Bildung) in Estland.

Die verschiedenen Bildungsreformen zeigen auch, auf welche unterschiedliche Art Wertvorstellungen im Hinblick auf die Staatsbürgerschaft in den nationalen Lehrplänen verankert sind - sie können auf ein Fach beschränkt, fächerübergreifend oder querschnittartig unterrichtet werden.

Obwohl es zu begrüßen ist, dass die Regierungen tätig werden und Strategien entwickeln, junge Menschen zu aktivem staatsbürgerschaftlichen Engagement zu ermutigen, bleibt abzuwarten, ob die Bildungsgewerkschaften als Partner anerkannt und bei der Entwicklung dieser Strategien mit einbezogen werden.

Eine zentrale Herausforderung für die Bildungsgewerkschaften besteht darin, **sich dem Diskurs über das Erstarken von Rechtsextremismus, Hassparolen, Rassismus und Intoleranz zu stellen**, vor allem nachdem in Europa verschiedene populistische und nationalistische Regierungen gewählt wurden.

Mit der Stärkung einer neoliberalen Politik erleben die Menschen eine intensivere soziale Ungleichheit, den Abbau von Sozialstandards und die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und hoher (Jugend)arbeitslosigkeit, die letztlich in die Altersarmut führt. Wachsende Unsicherheit, Unzufriedenheit und Angst nähren den Wunsch nach Schutz vor eingebildeten und echten Bedrohungen - z.B. der Abhängigkeit vom globalen Markt, der alles beherrschenden europäischen Bürokratie und der Zunahme von Kriminalität und Terror - und bilden den Nährboden für nationalistische und rassistische Ressentiments. Die Gewerkschaften haben eine besondere Verantwortung, der extremistischen Rechten entgegenzutreten, denn diese Kräfte wollen die Daseinsberechtigung der Gewerkschaften zerstören und ihre Funktion als zentrale regelnde Kraft innerhalb der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten schwächen, wobei sie die Rolle der Gewerkschaften bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in Frage stellen. Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung können nur durch eine Politik erreicht werden, die auf Solidarität und Offenheit basiert und sich an der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und anderen internationalen Menschenrechtsmechanismen orientiert. Gewerkschaften fungieren als Verteidiger demokratischer Werte, die eine Alternative zu Nationalismus und Rassismus darstellen.



Source: https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_active_nationalist_parties_in_Europe (December 2017)

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Welche Rolle wird von den Gewerkschaften bei der Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Intoleranz ausgeübt?*
- *Sind auf politischer Ebene Bildungsreformen oder Maßnahmen zur politischen Bildung notwendig?*
- *Welche Bedürfnisse haben Lehrkräfte und andere Bildungsbeschäftigte bei der Förderung eines demokratischen Engagements?*

BILDUNGS- GEWERKSCHAFTEN STÄRKEN

8. DIE SICH WANDELNDE ARBEITSWELT

Die Bekämpfung prekärer Arbeit ist für das EGBW ein zentrales Thema. Die EGBW-Resolution **'Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung'**, die auf der EGBW-Konferenz 2016 in Belgrad verabschiedet wurde, betont, wie stark anständige Arbeitsverträge für Lehrkräfte und hochwertige Bildung für SchülerInnen und Studierende aneinander gekoppelt sind. Bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte mit hochwertiger Bildung auf allen Sektoren zu verbinden, ist für das EGBW bei seiner Arbeit ein Hauptanliegen, denn berufliche Rahmenbedingungen und Arbeitsbedingungen sind zwangsläufig miteinander verflochten.

Im vergangenen Jahrzehnt lag bei der Politikgestaltung auf nationaler und europäischer Ebene der Schwerpunkt auf steuer- und haushaltspolitischer Disziplin, was tiefgreifende Auswirkungen sowohl auf den Arbeitsmarkt als auch auf die Reform der Bildungssysteme hatte. Die Strukturreformen des Arbeitsmarktes und der Bildungssysteme legen nationale Eigenheiten offen, die verhindern, dass die Systeme untereinandervergleichbar sind. Und doch galt bislang im Raum Europa in allen Ländern durchweg dieselbe Maxime von Kostensenkung und stärkerer Arbeitsmarktflexibilität, was zu ähnlichen Ergebnissen in Ländern führte, die traditionell an sich unterschiedliche Beschäftigungsmodelle und Arbeitsbeziehungen haben. Es überrascht nicht, dass die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des Wohlbefindens von Lehrkräften sich zu einem wesentlichen Hemmnis bei der Anwerbung und Bindung von Lehrkräften entwickelt hat und in ganz Europa verhindert, dass der Lehrberuf als attraktiv empfunden wird.

Als erstes gemeinsames Problem sind Lehrermangel und Lehrerarbeitslosigkeit zu nennen. Die wirtschaftliche Trendwende des letzten Jahrzehnts verursachte einen großen **Stellenabbau in der Bildung**, was auch von vielen EGBW-Mitgliedsorganisationen berichtet und im gemeinsamen [Briefing von EGBW und EGÖD](#) (2017) festgehalten wurde. Die Verkleinerung der Lehrerschaft führte wiederum dazu, dass die Arbeitsbedingungen der verbliebenen Lehrkräfte sich weiter verschlechterten, was sich in höheren Schülerzahlen je Lehrkraft, einer steigenden Wahrscheinlichkeit, von arbeitsbedingtem Stress und psychosozialen Risiken betroffen zu sein und schlechter Bezahlung bzw. Gehaltsstopps äußert.

Zweitens wird die Arbeitsqualität im Lehrberuf durch verstärkte Forderungen nach Flexibilität und prekärer Beschäftigung gefährdet, was besonders Berufsanfänger betrifft. Lehrkräfte und sonstige

Bildungsbeschäftigte sind zunehmend bedroht von der **Befristung ihrer Arbeitsverträge**, was auch Zeit- und Leiharbeitsverträge einschließt, sowie von der **Aushöhlung ihres Status und ihrer Sicherheit** und von **unbefriedigenden Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung**, was eindeutig ein Ergebnis der Sparpolitik ist. Hiervon besonders betroffen sind junge und weibliche Lehrkräfte.

Drittens wurde parallel zur Auslagerung und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen **der Abbau der Absicherung** solcher Arbeitskräfte vorangetrieben, die reguläre, unbefristete Vollzeitverträge haben. Die Folge ist, dass der Aspekt der mangelnden Qualität auf allen Bildungssektoren und über alle Stufen, Altersgruppen und Beschäftigungsbedingungen hinweg immer häufiger zu beobachten ist. Es muss dringend dafür gesorgt werden, dass für die Absicherung aller, die in einem nicht-regulären Arbeitsverhältnis stehen, angemessene Standards verfügbar sind, denn das Sinken von Arbeitsplatzsicherheit, von sozialer und beruflicher Absicherung und von der Teilhabe am Wohlstand bedroht den Berufsalltag aller Lehrerinnen und Lehrer.

Viertens ist eine fortgesetzte Modernisierung, **Digitalisierung** und Nutzung von Internet und Kommunikationstechnologien in der Bildung dort, wo IKT den Unterricht bereichern können, stark darauf angewiesen, dass in den Lehrberuf und in den Bildungssektor insgesamt erheblich investiert wird. Bildungsgewerkschaften sind wichtige Förderer, wenn es darum geht, IKT als zusätzliches Werkzeug im Unterricht pädagogisch zu nutzen. Wegen fehlender öffentlicher Mittel birgt der Einsatz von IKT für viele Bildungseinrichtungen das Risiko, dass sie sich mehr und mehr in Richtung Privatisierung und Kommerzialisierung bewegen müssen, um die Kosten, die mit der Anpassung der Bildungseinrichtungen und der Lehrerbildung an die Bedürfnisse moderner Bildungssysteme in einer sich schnell wandelnden Welt einhergehen, aufzufangen. Die Schwierigkeit ist hier vor allem der eindeutige Bedarf an einer gezielteren, auf die Bedürfnisse der Bildungsbeschäftigten ausgerichteten Lehrerbildung.

Die Dominanz wirtschaftlicher Belange, auf Bildungsreformen übertragen, hat manchmal die übergreifenden Bildungsziele in ganz Europa überschattet und Bildungspolitik zum Werkzeug einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik degradiert, was zu einer Veränderung **des beruflichen Selbstverständnisses von Lehrkräften** im Kontext von Schule und Bildungsgemeinschaft geführt hat. Bascia und Stevenson (BI, 2017) legen dar, dass durch Bildungsreformen, die auf den Kontext abzielen, in dem Unterricht stattfindet, die Berufs- und Arbeitsbedingungen von Lehrkräften tiefgreifend verändert werden, was in einem Arbeitsumfeld, das zunehmend von Wettbewerb statt von Kooperation geprägt ist, zu beruflicher Dequalifizierung, begrenzter Autonomie und begrenztem Einfluss auf Lehrpläne und Unterrichtsmethoden führt. In Zeiten, in denen die Anforderungen an Lehrkräfte steigen, wozu auch eine homogenere Gesamtheit von Schülern/Studierenden und ein schneller technischer Wandel gehören, sind Lehrkräfte verstärkt auf standardisierte Unterrichtsmethoden, Lehrpläne, Prüfungs- und Messverfahren angewiesen, was wiederum ihrem beruflichen Selbstverständnis und Arbeitsbedingungen zuwiderläuft.⁴³

Das **Vorantreiben der Privatisierung und das Mantra von der Kosteneffizienz** haben sichtliche Auswirkungen auf die Arbeitsqualität, denn diese Tendenzen sind die Wegbereiter für die individualisierte und leistungsabhängige Bezahlung von Lehrkräften und anderen Bildungsbeschäftigten. In einigen Fällen wird der Wettbewerbsdruck durch finanzielle Anreize für Lehrkräfte erhöht, während die Zusammenarbeit und die Solidarität am Arbeitsplatz ausgehöhlt werden. Parallel hierzu beginnen einige Länder, Bildung und Bildungsergebnisse - vor allem im Hochschulbereich - stärker unter dem Aspekt der Vermarktbarkeit und Kommerzialisierung zu betrachten, was die Arbeitsbedingungen beeinträchtigt und eine missbräuchliche Befristung von Forschungsaufträgen nach sich zieht, besonders wenn der Vertrag mit einer kurzfristigen Projektfinanzierung einhergeht oder erfolgsgebunden ist.

43 Bascia, N. und Stevenson, H., 2017, 'Organizing teaching: Developing the power of the profession' (Unterrichtsorganisation: Die Stärke des Berufs zur Entfaltung bringen), Education International Research, S.6

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Welche Hauptmerkmale weisen hochwertige Arbeitsplätze im Bildungssektor als Schlüsselement von Qualität in der Bildung auf?*
- *Können wir feststellen, welche zentralen Auswirkungen Arbeitsmarktreformen und -deregulierung auf die Beschäftigungsbedingungen und die soziale Absicherung von Lehrkräften haben?*
- *Wie können Bildungsgewerkschaften eine stärkere Vertretung der Interessen von Lehrkräften, auch solchen an privaten Bildungseinrichtungen, erreichen?*

9. SOZIALDIALOG UND KOLLEKTIVVERHANDLUNGEN

Sozialdialog und Kollektivverhandlungen sind die Eckpfeiler, was Lohnfindung, Regulierung von Arbeitsmarkt und Beschäftigung sowie soziale Absicherung und berufliche Belange von Lehrkräften einerseits betrifft, aber auch wenn es darum geht, Bildungsstrategien zu entwickeln, die zentrale Bausteine auf dem Weg zu einer Bildung für alle darstellen. Die Schlüsselrolle, die Lehrkräfte und Bildungsbeschäftigte für die Umsetzung von Bildungsreformen spielen, wird als solche durch die UNESCO-Empfehlung über die Stellung der Lehrer von 1966 anerkannt, wobei gleichzeitig gefordert wird, dass die Bestimmungen der Empfehlung mit den Lehrkräften beraten und verhandelt werden sollen. Zudem regt die Empfehlung an, *„dass die zuständigen Behörden mit den Organisationen der Lehrkräfte, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer eng zusammenarbeiten, [...] um Bildungsstrategien und deren genauen Ziele festzulegen“* und fordert darüber hinaus die Anerkennung der Organisationen der Lehrkräfte als *„eine Kraft, die sehr viel zum Fortschritt der Bildung beitragen kann und die deshalb als bestimmender Faktor in der Bildungspolitik wahrgenommen werden sollte“*.

Im Nachgang zur [Entschließung über die Förderung sozialer Gerechtigkeit durch menschenwürdige Arbeit](#), die 2016 von der Internationalen Arbeitsorganisation verabschiedet wurde, veranstaltet die ILO nun wiederholt Gesprächsrunden zum strategischen Ziel von sozialem Dialog und Tripartismus in einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt und einem sich rasch verändernden Umfeld. Der Druck, der nach einem Jahrzehnt der Wirtschaftskrise sowie durch sich verschlechternde Bedingungen für die vertretene Arbeitnehmerschaft und den Abbau von Sozialstandards auf den Gewerkschaften lastet, hat den Weg freigemacht für eine nie dagewesene Machtverschiebung zwischen Arbeit und Kapital, auf welche die Gewerkschaften reagierten, indem sie ihr Organisations- und Mobilisierungspotenzial erhöhten und für zusätzliche öffentliche Unterstützung des Dienstleistungssektors sorgten. Doch wird jetzt, da sich die Wirtschaft wieder zu erholen scheint, der Stellenwert des Sozialdialogs als Problemlösungsmechanismus und als entscheidendes Mittel zur Erreichung von sozialer Gerechtigkeit und nachhaltigem Wirtschaftswachstum auf allen Ebenen betont. Auf subregionaler, nationaler und lokaler Ebene ist das Klima für den Sozialdialog in den Ländern des Raums Europa jedoch weiterhin uneinheitlich: der Süden und Osten sind stärker im Rückstand als der Norden und Westen.

Die **Europäische Säule sozialer Rechte**, im November 2017 von europäischen Spitzenpolitikern verabschiedet und vom Präsidenten der Europäischen Kommission Juncker als ehrgeizige Initiative gelobt, die den Weg für ein sozialeres Europa ebnet, hat dem Sozialdialog als Schlüsselmechanismus zur Generierung von Wachstum, sozialem Zusammenhang und Gleichstellung neuen Schwung gegeben. Zu den grundlegendsten Prinzipien der Säule gehört das jedermann zustehende Recht auf hochwertige Bildung und Ausbildung und auf lebenslanges Lernen (Grundsatz 1) sowie das Recht der Sozialpartner, zur Gestaltung und Umsetzung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik gehört zu werden. Der Säule zufolge kommt den Sozialpartnern auf allen Ebenen entscheidende Bedeutung dabei zu, im Rahmen ihrer Verhandlungs- und Vertragsautonomie und ihres Rechts auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen für die Verfolgung und Umsetzung dieser Grundsätze zu sorgen.

Bei allem Respekt vor der Tatsache, dass Bildung eine nationale Angelegenheit ist, wird doch anerkannt, dass der **Europäische Sozialdialog** die Chance bieten könnte, den nationalen Sozialdialog in der Bildung zu beflügeln, die Zusammenarbeit der Partner zu stärken und die Ergebnisse dann mit anderen europäischen Ländern in und außerhalb der EU zu teilen. Da bei der Qualität des Sozialdialogs die nationale und die europäische Ebene aber miteinander verzahnt sind, ist mit effektiven Ergebnissen nur

dann zu rechnen, wenn auf beiden Seiten der Partnerschaft stärkeres Engagement sowie gegenseitige Einbindung und Anerkennung des Mandats gegeben sind und zudem eine Vertretung beider Seiten auf Augenhöhe und verstärkte Fähigkeiten zum Aushandeln von Verträgen auf nationaler wie auf europäischer Ebene vorliegen.

In scharfem Gegensatz zu den wachsenden Forderungen der EU nach mehr Sozialdialog und Eigenverantwortung bei Sozialreformen stehen die Angriffe auf Gewerkschaften und deren Mitglieder sowie die Deregulierung von Kollektivverhandlungen, durch die sowohl die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzsicherheit der Bildungsbeschäftigten als auch die Bildungsqualität insgesamt und der Umfang der Gleichheit in der Gesellschaft ernsthaft unterminiert wurden.

Während der letzten zehn Jahre wurden der Sozialdialog und die Kollektivverhandlungen in nahezu allen europäischen Ländern geschwächt. Die Lohnpolitik, die in den europäischen Ländern das Ergebnis einer langjährigen Tradition von Kollektivverhandlungen war, wurde ausgehöhlt durch **einseitige Rechtsakte** und durch **Dezentralisierung** oder gar **Auflösung von Tarifsystemen**, besonders in süd-, mittel- und osteuropäischen Ländern. Das Kürzen oder Einfrieren der Löhne im öffentlichen Sektor und die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die auch die zunehmende Befristung der Arbeitsverträge von in den Beruf eintretenden Lehrkräften und Bildungsbeschäftigten beinhaltet, haben **den Gewerkschaften die Verteidigung der Kollektivinteressen noch schwerer gemacht**. Es ist belegt,⁴⁴ dass die **Gewerkschaftsdichte** während der Krisenjahre in den meisten europäischen Ländern zurückging, und zwar bei gleichzeitiger Abnahme der Tarifbindung, was dazu führte, dass weniger Branchentarifverträge geschlossen wurden.

Parallel dazu fand in den europäischen Ländern eine Verschiebung von Bildung in Richtung eines **Geschäftsmodells' oder einer Umwandlung von Bildung als Ware** statt, durch die es für die Bildungsgewerkschaften schwieriger wird, die Qualität öffentlicher Bildung in der Gesellschaft gegen das aufkommende Mantra von der Effizienz zu verteidigen, das bei der Schaffung hochwertiger Bildung die Rolle der privaten - im Gegensatz zur öffentlichen - Initiative positiv bewertet. Vor diesem Hintergrund führen direkte Angriffe auf die Gewerkschaften - besonders in privaten Bildungseinrichtungen - zu einer zunehmenden Verweigerung oder Behinderung von Gewerkschaftsrechten sowie zu einer Begrenzung von Verhandlungsspielräumen und einer eingeschränkten Einbindung beim Aushandeln der Rechte und Arbeitsbedingungen von Beamten.

Und obwohl die Bildungs- wie auch die Tarifpolitik traditionell als Sache der Einzelstaaten gelten, hat das **Europäische Semester**, vor allem durch seine Länderspezifischen Empfehlungen, immer deutlichere Auswirkungen auf die Gestaltung der Bildungspolitiken, auf Haushaltsfragen und auf den Rahmen für den sozialen Dialog in Europa. Jahrelang war der Einfluss europäischer Initiativen auf die nationalen Bildungs- und Tarifpolitiken gering. Mit der Stärkung des Europäischen Semesters wurde nun die Möglichkeit eines quasi direkten **Eingriffs in diese Politiken** geschaffen, was die Gefahr einer deutlichen Demokratielücke zwischen der Initiative, Planung und Umsetzung von Politik einerseits und der diesbezüglichen Einbindung der Sozialpartner andererseits erkennen lässt.

Trotz des Bekenntnisses der Europäischen Kommission zu einem Sozialdialog, der als Schlüsselmechanismus die Regierungsführung in der EU und insbesondere das Europäische Semester stützt, stellt der EGBW-Bericht (2017) Folgendes fest:

- 'Die Bildungsgewerkschaften sind, was das Semester betrifft, in den sozialen Dialog mit den EU-Institutionen nur begrenzt eingebunden;

44 Visser, J., 2016, 'What happened to collective bargaining during the great recession?' (Was hat die große Rezession aus den Tarifverhandlungen gemacht?'), Journal of Labor Policy, 5:9 und Lehndorff, S., Dribbush, H. und Shulten, T., 2017, 'Rough waters. European trade unions in a time of crisis' (Unruhiges Fahrwasser. Europäische Gewerkschaften in Krisenzeiten), ETUI.

- Die Qualität des Sozialdialogs auf europäischer Ebene unter Einbindung der nationalen Bildungsgewerkschaften scheint eng gekoppelt zu sein an die Qualität des Sozialdialogs innerhalb der Mitgliedstaaten;
- Vereinbarungen im Rahmen des Sozialdialogs sind nicht statisch, sondern sind das Ergebnis weitreichenderer politischer Prozesse und Zusammenhänge⁴⁵

Die begrenzte Einbindung der Bildungsgewerkschaften in die Gestaltung der Politik und der Agenda des Europäischen Semesters macht mehr strategische Eingriffe in den Semester-Prozess notwendig, um Ergebnisse auf nationaler Ebene zu gewährleisten.

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Welche konkreten Maßnahmen tragen dazu bei, den Sozialdialog und die Kollektivverhandlungen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu verbessern?*
- *Was ist notwendig, damit der Sozialdialog auch über Gehalts- und Tarifverhandlungen hinaus gestärkt werden kann?*
- *Gibt es neue Kommunikationsstrategien, die den Gewerkschaften beim Erreichen ihrer Ziele helfen können?*
- *Welche Ressourcen (menschlicher, finanzieller, strategischer Art usw.) brauchen die Bildungsgewerkschaften, um den Sozialdialog zu nationalen Reformen in der allgemeinen und beruflichen Bildung zu stärken?*
- *Welche Ressourcen (menschlicher, finanzieller, strategischer Art usw.) und welche Unterstützung brauchen die Bildungsgewerkschaften, um den Sozialdialog im Rahmen des Europäischen Semester-Prozesses zu stärken?*

⁴⁵ Stevenson, H., Hagger-Vaughan, L., Milner, A. und Winchip, E., 2017, "Bildungs- und Berufsbildungspolitik im Europäischen Semester - Investitionen, öffentliche Ordnung, sozialer Dialog und Privatisierungsprozesse in Europa", EGBW

10. ERNEUERUNG DER GEWERKSCHAFTEN

In den letzten drei Jahrzehnten ist der **Mitgliederbestand der Gewerkschaften in den meisten europäischen Ländern zurückgegangen**. Veränderungen bei den Beschäftigungsverhältnissen und der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft führten zu mehr Fragmentierung, zu Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern, zu unausgewogenen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern selbst am selben Arbeitsplatz, zur Schwächung des gewerkschaftlichen Einflusses auf die Arbeitsmarktpolitik⁴⁶, zu schwindendem Einfluss der Bildungsgewerkschaften auf Bildungspolitik und -reformen und gleichzeitig auch zur Schwächung ihrer Position im Sozialdialog und bei Kollektivverhandlungen.

Obwohl der Bildungssektor und die gewerkschaftlich organisierten Lehrkräfte die Mitgliederkrise, die andere Branchen härter traf, durch Beibehaltung einer hohen Gewerkschaftsdichte gut überstanden haben⁴⁷, sehen sie sich nun mit wachsenden gesellschaftlichen und branchenspezifischen Herausforderungen konfrontiert. Diese behindern die Gewerkschaften dabei, die von Lehrkräften und anderen Bildungsbeschäftigten geäußerten Bitten um Unterstützung zu erfüllen und gefährden ihre Zukunft als kollektive Organisationen.

Gesellschaftliche und branchenspezifische Herausforderungen haben sowohl interne als auch externe Ursachen. Interne Herausforderungen hängen mit der Notwendigkeit zusammen, **gewerkschaftliche Strukturen an eine sich wandelnde Arbeitswelt anzupassen**, und zwar in einer Zeit, die geprägt ist von Mittelknappheit, schwindender betrieblicher Interessenvertretung und demokratischer Teilhabe, einem nachlassenden Mobilisierungspotenzial, der Schwächung der traditionellen Bindung zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen/linken Parteien und dem Abnehmen der institutionellen und gesellschaftlichen Legitimation von Gewerkschaften.

All dies spielt sich vor dem Hintergrund tiefgreifender sozialer Veränderungen ab, deren Ursache die **umfassende politische Agenda zur Deregulierung und zur Fragmentierung** von Arbeitnehmerschaft und Gesellschaft ist. Sich wandelnde Arbeitsmarktstrukturen, die Entfaltung freier, ungezügelter Marktkräfte und Konzepte, die eine direkte Einbindung privater Akteure favorisieren⁴⁸, die Einführung ‚geschäftsmäßiger‘ unternehmerischer Praktiken und das zunehmende Vertrauen in kommerzielle Zwänge in der Bildung untergraben die traditionellen Formen von Solidarität und finanzieller Umverteilung und betonen die Rolle eines individuellen, persönlichen Erfolgsstrebens, dem gemeinsames Handeln und soziale Ziele untergeordnet werden.

Die Gewerkschaften stehen auch selbst unter Beschuss, sowohl global als auch in jedem einzelnen Land. Dies äußert sich in Versuchen zum Untergraben von Kollektivverhandlungen⁴⁹ durch direkte Einmischung seitens der internationalen und europäischen Finanzinstitute (z.B. des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank), die in der Tarifpolitik auf rechtliche Änderungen drängen, oder gar durch verstärkte Anwendung von gesetzgeberischen Maßnahmen mit dem Ziel, eine Änderung der Berufs- und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte herbeizuführen. Auch haben die EGBW-Mitgliedsorganisationen mehrfach über sich häufende Versuche berichtet, die formelle Einbindung in den Sozialdialog und in Entscheidungs- und Reformprozesse zu verweigern, und zwar selbst in denjenigen Ländern, die auf eine lange Tradition starker formeller Sozialdialogstrukturen in der Regierungsführung zurückblicken.

46 Für eine eingehende Analyse siehe den Abschnitt 'Die sich wandelnde Arbeitswelt' in diesem Papier.

47 Kelly, J., 2015, 'Trade union membership and power in comparative perspective' (Mitgliederbestand und Schlagkraft von Gewerkschaften aus vergleichender Sicht), *Economic and Labour Relations Review*, Bd. 26, Ausg. 4, S. 526 – 544.

48 Für eine eingehende Analyse siehe den Abschnitt 'Nachhaltige Finanzierung für eine hochwertige Bildung' in diesem Papier.

49 Für eine eingehende Analyse siehe den Abschnitt 'Sozialdialog und Kollektivverhandlungen' in diesem Papier.

Um all diesen Herausforderungen entgegenzutreten, haben die Bildungsgewerkschaften sich verstärkt bemüht, Bedrohungen zu erkennen und anzugehen, Probleme zu definieren sowie Ressourcen neu zuzuordnen und kreativ einzusetzen. Die **Antworten zur strategischen ‚Erneuerung‘**, mit denen man in diesen Jahren auf interne und externe Herausforderungen reagierte, waren weitgehend abhängig vom institutionellen Umfeld, in dem die Gewerkschaften jeweils operieren⁵⁰. Besonders die Gewerkschaften aus Ländern, in denen die Sozialpartnerschaft traditionell gut gefestigt ist, setzten mehr auf sozialen Dialog und Kollektivverhandlungen, um sich Gehör zu verschaffen. In Ländern, in denen der Sozialdialog noch eher neu ist und in denen die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und die Tarifbindung kontinuierlich zurückgehen, haben die Bildungsgewerkschaften die weitverbreitete Unzufriedenheit über die verordnete Sparpolitik als Chance genutzt, einmal all jene Lehrkräfte, Bildungsbeschäftigten und breite Schichten der Bevölkerung anzusprechen, die vom Primat der neoliberalen Politik ernüchert sind; hierdurch gelang es den Gewerkschaften, ihre Reichweite zu vergrößern und zu allen Lehrkräften und Bildungsbeschäftigten noch engeren Kontakt zu knüpfen. Dies war gemeinhin in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE) der Fall.⁵¹

Die Bildungsgewerkschaften in Europa haben den Widrigkeiten der Politik- und Wirtschaftskrise dadurch getrotzt, dass sie sich den Belangen der am stärksten ausgegrenzten bzw. unterrepräsentierten ArbeitnehmerInnen mehr geöffnet haben, sich intensiver um Mitgliederwerbung und Vertretung von Mitgliederinteressen bemüht haben und ihre Fähigkeit zum sozialen Dialog sowie ihre Einbindung in Bildungspolitik und -reformen weiter ausgebaut haben.

Um die schwindenden Mitgliederzahlen und den allmählichen Niedergang der Macht und Stellung der Gewerkschaften in den Griff zu bekommen, sind langfristige strategische Überlegungen notwendig, ebenso wie das Erkennen solcher Werkzeuge, mit denen sich sowohl die Ursachen als auch die Folgen globalisierter Konzepte und Reformmuster am besten bewältigen lassen. Egal ob man dies nun durch gewerkschaftliche Organisation, Vertretung von Mitgliederinteressen, Kollektivverhandlungen und sozialen Dialog, Bildung von Bündnissen, Versuch der Einflussnahme auf gesetzgeberische Prozesse oder Mobilisierung und berufliche Identitätsentwicklung erreicht – ein wichtiger Ansatzpunkt ist das **Verständnis des Umfelds, in dem jede Gewerkschaft operiert**, ebenso wie der Mehrwert, der darin liegt, durch solidarische Aktionen und gemeinsames Reagieren auf die globale Krise von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik die Beziehungen zu den Bildungsgewerkschaften anderer Länder zu stärken.

50 Bascia, N. und Stevenson, H., 2017, 'Organizing teaching: Developing the power of the profession' (Unterrichtsorganisation: Die Stärke des Berufs zur Entfaltung bringen'), Education International Research.

51 Bernaciak, M. und Kahancova, M., 2017, 'Innovation practices in Central-Eastern Europe' (Innovationspraktiken in Mittel- und Osteuropa'), ETUI.

ZU ERÖRTERNDE FRAGEN:

- *Was sind die Hauptelemente einer langfristigen Strategie, mit der man den Rückgang der Mitgliederzahlen vieler europäischer Bildungsgewerkschaften aufhalten und beheben kann?*
- *Was sind die zentralen Herausforderungen, wenn man in Zeiten des ausgedehnten Abbaus traditioneller Formen der gesellschaftlichen Solidarität Lehrkräfte und andere Bildungsbeschäftigte erreichen, anwerben, gewerkschaftlich organisieren, eingliedern und schützen will?*
- *Welche Werkzeuge, die in deinem Land genutzt werden, eignen sich zur Erneuerung von Gewerkschaften am besten?*
- *Wie können Bildungsgewerkschaften dafür sorgen, dass strategische Gespräche und Entscheidungen in Bezug auf gewerkschaftliche Organisation und Entwicklung sowie auf Mitgliederanwerbung und -bindung innerhalb ihrer Strukturen Priorität haben?*
- *Welche politischen Lösungsansätze zum Widerstand und Kampf gegen externe Herausforderungen, die die Rolle der Bildungsgewerkschaften und die Funktion von Bildung als Menschenrecht und öffentliches Gut gefährden, sind auf europäischer Ebene zu beobachten?*

